PKBS

Pensionskasse Basel-Stadt

Geschäftsbericht und Jahresrechnung

2011

Inhaltsverzeichnis

Teil I: Geschäftsbericht 2011 3

1. Das Geschäftsjahr im Überblick (Zusammenfassung) 3

2. Tätigkeitsbericht der Organe 3
- a) Verwaltungsrat 3
- b) Anlagekommission 4
- c) Geschäftsstelle 4

3. Die finanzielle Lage 4
- a) Deckungsgrad 4
- b) Wertschwankungsreserven 5
- c) Sanierungsmassnahmen 5

4. Vorsorge 7
- a) Angeschlossene Arbeitgeber 7
- b) Versicherungen und Leistungen 7

5. Vermögensanlagen 7
- a) Allgemeines Wirtschafts- und Börsengeschehen 7
- b) Strategie und Anlagestruktur 8
- c) Anlageergebnis/Performance 10
- d) Vermögensverwaltung 10

Teil II: Jahresrechnung 12

1. Bilanz per 31. Dezember 2011 (in CHF) 12

2. Betriebsrechnung 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 (in CHF) 15

3. Anhang 18

1. Grundlagen und Organisation 18
2. Aktive Versicherte und Rentenbeziehende 24
3. Art der Umsetzung des Zwecks 28
4. Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit 30
5. Versicherungstechnische Risiken/Risikodeckung/Deckungsgrad 31
6. Erläuterungen der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage 37
7. Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung 47
8. Auflagen der Aufsichtsbehörde 50
9. Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage 50
10. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 51
11. Abkürzungen und Begriffe 52

Teil III: Bericht der Kontrollstelle 55

Teil I: Geschäftsbericht 2011

1. Das Geschäftsjahr im Überblick (Zusammenfassung)

Das Geschäftsjahr 2011 der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) stand im Zeichen der Sanierungsmassnahmen und deren Umsetzung. Die per 31. Dezember 2010 für den Bereich Staat erhaltene Sanierungseinlage über CHF 795 Mio. wurde im 2011 in sechs Tranchen, d.h. alle zwei Monate, investiert. Mit verschiedenen Institutionen wurden im Laufe des Jahres 2011 Sanierungsmassnahmen ausgehandelt und umgesetzt. Die Finanzmärkte entwickelten sich nicht so, wie dies allgemein erhofft wurde. Die Zinsen blieben tief, die Währungen – allen voran der Euro – wurden schwächer und die Aktienanlagen brachten auch nicht den Performancebeitrag, damit der Deckungsgrad ansteigen konnte. Als Konsequenz resultierte eine Performance von –0,2%.

Der Gesamtdeckungsgrad per 31. Dezember 2011 beträgt 96,0% (Vorjahr 99,5%), der Deckungsgrad im Bereich Staat 96,8% (Vorjahr 100,6%). Der durchschnittliche Deckungsgrad der angeschlossenen Institutionen beträgt 93,1% (Vorjahr 95,7%; inkl. Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht), wobei zu berücksichtigen ist, dass die Sanierung der grössten Institution (Universität Basel) im Jahr 2011 noch nicht erfolgen konnte. Die Unterdeckung beträgt inkl. Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht gesamthaft CHF 405 Mio., im Bereich Staat CHF 252 Mio. und bei den Institutionen (Saldo inkl. Überdeckungen) CHF 153 Mio.

Aufgrund der bestehenden Unterdeckung sowie weiterer Faktoren wird im 2012 ein Gesamtkonzept erarbeitet, um die PKBS aufgrund des veränderten Marktumfeldes wieder auf eine solidere finanzielle Basis zu stellen. Näheres dazu finden Sie im Anhang unter Ziffer «9.6 Gesamtüberprüfung».

2. Tätigkeitsbericht der Organe

a) Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat traf sich im Berichtsjahr zu vier ordentlichen Quartals-Sitzungen. Nebst der Überwachung der Sanierungsmassnahmen (inklusive zweier Sitzungen des Ausschusses Sanierung) war auch die Umstellung auf neue Rechnungsgrundlagen ein wichtiges Thema. Es wurde beschlossen per 1. Januar 2013 auf die Rechnungsgrundlagen VZ 2010 umzustellen. Diese Umstellung bewirkt, dass die Vorsorgekapitalien mit aktuelleren versicherungsmathematischen Annahmen (Lebenserwartung, Invalidisierung etc.) bewertet werden.

Nach der Kündigung von Dieter Stohler, Direktor bis 31. Dezember 2011, nahm auch der von der Findungskommission durchgeführte Suchprozess für eine geeignete Nachfolge einige Zeit in Anspruch. Nach fünf Kommissionssitzungen wurde Frau Susanne Jeger an einer ausserordentlichen Verwaltungsratssitzung zur neuen Direktorin ab dem 1. März 2012 gewählt.

Schliesslich wurde die Verzinsung der zusätzlichen Sparkapitalien festgelegt und über die Verwendung des Teuerungsfonds Staat entschieden: Auf eine Ausschüttung (Rentenerhöhung) im Bereich Staat wurde im Berichtsjahr verzichtet.

Da sich durch die vergangenen Ausgliederungen beim Staat sowie die Ausgliederung der Spitäler per 1. Januar 2012 die Kapital- und die Destinatärsverhältnisse vom Staat zu den angeschlossenen Institutionen verschoben, wurden sowohl in einem Ausschuss als auch im Gesamtverwaltungsrat allfällige Änderungen des Wahlreglements diskutiert; der entsprechende Beschluss wird im 2012 gefällt werden.

Zusätzlich hielt der Verwaltungsrat unter Beizug der Expertin für berufliche Vorsorge einen Workshop ab zum

Thema «Auslegeordnung, Handlungsbedarf». Dabei wurden einerseits die Auswirkungen von neuem Bundesrecht (Strukturreform, Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen) auf die PKBS und andererseits der Handlungsbedarf der PKBS aufgrund der anhaltend – und prognostizierten – tiefen Ertragsmöglichkeiten auf den Vermögensanlagen behandelt. Die in diesem Workshop behandelte Thematik wird im Jahr 2012 in mehreren Workshops weiterverfolgt, so dass ein zur finanziellen Stabilität der PKBS führendes Gesamtkonzept erarbeitet werden kann, welches in die nachfolgenden politischen Gremien eingebracht werden kann.

Der Prüfungsausschuss der PKBS tagte im Berichtsjahr viermal, der Ausschuss für Personalfragen einmal.

b) Anlagekommission

Die Anlagekommission besteht ausschliesslich aus erfahrenden Anlagespezialisten und international tätigen Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis. Die Anlagekommission traf sich zu zwölf ordentlichen Sitzungen sowie zu vier Workshops. Die Überprüfung der Mandatsstruktur, die Überwachung der Mandatsnehmer sowie die taktische Asset Allocation gehören zu den ständigen Aufgaben der Anlagekommission. Alle sechs Mitglieder der Anlagekommission wurden im August 2011 für ein weiteres Jahr gewählt.

c) Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle war – nebst der Durchführung des Tagesgeschäfts und der Vorbereitung der Sitzungen der Organe (Verwaltungsrat, Ausschüsse, Anlagekommission) – insbesondere mit der Umsetzung der Sanierungsmassnahmen beschäftigt. Im Berichtsjahr konnten einige weitere Sanierungsvereinbarungen mit angeschlossenen Institutionen ausgehandelt werden. In der Abteilung Vorsorge wurde das Team Marketing/Arbeitgeberberatung personell ausgebaut, um noch mehr auf die Bedürfnisse der angeschlossenen Institutionen sowie den Staat eingehen zu können. Weiter wurde das Projekt «Einnahmen-Ausgaben-Rechnung» vorangetrieben, damit ab 2012 für jeden angeschlossenen Arbeitgeber in der Finanzbuchhaltung eine eigene Buchhaltung geführt werden kann. Im Bereich der Hypothekenverwaltung wurde das Angebot mit einer Start-Hypothek ausgebaut und so die Konkurrenzfähigkeit auf dem Hypothekarmarkt nochmals erhöht. Damit alle Versicherten und Rentner sowie die bestehenden und potentiellen Kunden im Versicherungs- und Hypothekenbereich noch effizienter bedient werden können, wurde die eingesetzte Software in den beiden Bereichen aktualisiert und die benötigte Hardware auf den neusten Stand gebracht.

Die Geschäftsstelle informierte die Destinatärinnen und Destinatäre via Homepage (www.pkbs.ch). Für wichtige Mitteilungen genereller Art wurden Adressaten direkt orientiert (Medienmitteilung über die Jahresrechnung; Rundschreiben an angeschlossene Institutionen usw.) Spezielle Beachtung wurde den Sanierungsmassnahmen geschenkt: Vor Inkraftsetzung solcher Massnahmen wurden die Betroffenen orientiert. Mittels der Hauszeitung «aspekte» (Ausgabe Dezember 2011) wurden alle Destinatärinnen und Destinatäre über den Verlauf der Sanierungen informiert. Weitere Informationspflichten wurden durch die Zustellung des jährlichen Vorsorgeausweises an alle Aktivversicherten erfüllt. Die PKBS erstellt ausserdem bei jeder Mutation einen neuen Ausweis und erteilt den Versicherten und Rentenbeziehenden umfassende individuelle Auskünfte. Dank moderner Informatikunterstützung erstellt die PKBS auch provisorische Berechnungen (Simulationen), was von vielen Versicherten gerne in Anspruch genommen wird.

3. Die finanzielle Lage

a) Deckungsgrad

Der Deckungsgrad der Gesamtkasse sank im Berichtsjahr aufgrund der besonders schwierigen Situation an den Anlagemärkten von 99,5% auf 96,0% (–3,5%-Punkte). Trotz der indirekten Sanierung einiger Vorsorgewerke (insbesondere das Vorsorgewerk Staat), was zu Anfang des Berichtsjahrs zu einer Ausfinanzierung der jeweiligen Vorsorgewerke, mithin also zu einer markanten Steige-

rung des Deckungsgrades der Gesamtkasse führte, war die ungenügende Performance während des Berichtsjahres Grund dafür, dass der Deckungsgrad erneut unter 100% gesunken ist. Sanierungsmassnahmen sind gemäss PK-Gesetz ab einem Deckungsgrad von unter 95% zwingend zu ergreifen. Ein Deckungsgrad zwischen 95 und 100% zeigt auf, dass die Finanzierung desgleichen ungenügend ist und Sanierungsmassnahmen sorgfältig zu prüfen sind. Die Deckungslücke (inkl. Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht) für die Gesamtkasse beträgt aktuell CHF 405 Mio.

Da die einzelnen Vorsorgewerke ihre Vorsorgekosten selbst finanzieren, sind die für jedes Vorsorgewerk einzeln errechneten Deckungsgrade massgebend. Für das (mit Abstand grösste) Vorsorgewerk «Staat» ergibt sich ein Deckungsgrad von 96,8% (Vorjahr 100,6%). Die per 31. Dezember 2010 gebildete Wertschwankungsreserve von CHF 50,3 Mio. wurde aufgrund des Jahresergebnisses vollständig aufgebraucht. Die in den Beiträgen eingerechneten Komponenten zur kollektiven Finanzierung der Versicherungsrisiken, der vorzeitigen Pensionierung, der Überbrückungsrenten und der Lohnerhöhungen haben i.d.R. – mit Unterschieden unter den einzelnen Vorsorgewerken – ausgereicht, um die neu angefallenen Verpflichtungen zu decken.

Der durchschnittliche Deckungsgrad aller Institutionen sank von 95,7% (Vorjahr) auf neu 93,1%, unter Anrechnung von Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verwendungsverzicht. Massgebend für diese Abnahme ist trotz der laufenden Sanierungsmassnahmen auch hier die insgesamt ungünstige Entwicklung an den Anlagemärkten. Von den insgesamt 63 Vorsorgewerken der angeschlossenen Institutionen weisen 46 (Vorjahr 34) eine Unter- und 17 (Vorjahr 29) eine Überdeckung aus.

b) Wertschwankungsreserven

Im Bereich Staat besteht aufgrund der per 31. Dezember 2011 bestehenden Unterdeckung keine Wertschwankungsreserve mehr. Der Zielwert von 17% der Vorsorgeverpflichtungen ergibt im Bereich Staat eine Zielwertschwankungsreserve von rund CHF 1,3 Mia. Bei den 17 angeschlossenen Institutionen, welche ein positives Kapitalkonto (= Deckungsgrad gleich bzw. grösser als 100%) aufweisen, wird dieser Betrag bis zur Höhe der Ziel-Wertschwankungsreserve (= 17% der Vorsorgeverpflichtungen) als Wertschwankungsreserve betrachtet und auch als solche ausgewiesen. Freie Mittel bestehen somit erst, wenn dieser Zielwert überschritten ist.

c) Sanierungsmassnahmen

Bereich Staat

Am 31. Dezember 2010 traten die Sanierungsmassnahmen beim Kanton Basel-Stadt in Kraft. Gemäss diesen überwies der Kanton Basel-Stadt der PKBS eine Einmaleinlage in der Höhe von CHF 795 Mio. (Deckungslücke per 30. September 2009, inkl. Anteil IWB Industrielle Werke Basel in der Höhe von CHF 17,5 Mio.). Der Deckungsgrad des Vorsorgewerks Staat stieg somit auf 100,6%, da der massgebliche Betrag der Deckungslücke per 31. Dezember 2010 im Vergleich mit demjenigen per 30. September 2009 tiefer war. Somit konnte zu Anfang des Berichtsjahres mit einer bescheidenen Wertschwankungsreserve gestartet werden.

Seit dem 1. Januar 2011 leisten die Arbeitnehmenden einen um 1,6%-Punkte erhöhten ordentlichen Arbeitnehmerbeitrag an die PKBS (10,1% anstatt 8,5%). Weiter wird der ordentliche Beitrag des Arbeitgebers um 1,6% reduziert, sowie der jährliche Beitrag des Arbeitgebers an den Teuerungsfonds von 2,5% auf 0,1% gesenkt. Mit dieser Reduktion bzw. mit der Entlastung des Arbeitgebers wird die Hälfte des vom Arbeitgeber vorgeschossenen Betrages für die Ausfinanzierung von den Destinatärinnen und Destinatären über einen staatlichen Amortisationsfonds zurückbezahlt.

Die beiden Spezialfinanzierungen, welche der Staat aufgrund der Ausfinanzierung per 1. Januar 2008 und der Sanierung per 31. Dezember 2010 in seiner Jahresrechnung führt, sind nachfolgend aufgeführt.

Ausfinanzierung per 1. Januar 2008: (in Mio. CHF)	**31.12.2011**	**31.12.2010**
Restschuld Anteil Destinatäre	–471,4	–490,8
Restschuld Anteil Arbeitgeber	0,0	0,0
Total	**–471,4**	**–490,8**

Erläuterung: Der Kanton Basel-Stadt hat den Ausfinanzierungsbetrag für den Bereich Staat von CHF 1379 Mio. per 1. Januar 2008 der PKBS überwiesen. Der von den Destinatärinnen und Destinatären zu finanzierende Anteil von 50% wird über eine Spezialfinanzierung (Fonds) amortisiert (jährlich 4% der versicherten Lohnsumme; vgl. § 56 PKG). Der obige Betrag zeigt den noch zu finanzierenden Anteil (Restschuld) auf. Ist diese Restschuld amortisiert, treten die in § 56 Abs. 7 PKG und § 27 Abs. 2 Lohngesetz enthaltenen Rechtsfolgen ein.

Sanierung per 31. Dezember 2010: (in Mio. CHF)	**31.12.2011**	**31.12.2010**
Restschuld Anteil Destinatäre	–346,3	–374,8

Erläuterung: Der Kanton Basel-Stadt hat den Sanierungsbetrag für den Bereich Staat von CHF 795 Mio. per 31. Dezember 2010 der PKBS überweisen. Der von den Destinatärinnen und Destinatären zu finanzierende Anteil von 50% wird über eine Spezialfinanzierung (Fonds) amortisiert (jährlich 4% der versicherten Lohnsumme; vgl. § 56 Abs. 4 PKG). Der obige Betrag zeigt den noch zu finanzierenden Anteil auf (Restschuld). Ist die Restschuld amortisiert, treten die in § 56a Abs. 9 PKG enthaltenen Rechtsfolgen ein.

Bereich Institutionen

Im Berichtsjahr haben bei insgesamt 25 Vorsorgewerken von 20 angeschlossenen Arbeitgebern Sanierungsmassnahmen begonnen. Acht der betroffenen Vorsorgewerke haben eine indirekte Sanierung gewählt und waren somit per 1. Januar 2011 voll ausfinanziert. Bei vier Vorsorgewerken erfolgte eine Ausfinanzierung aufgrund einer Teil- und bei einem Vorsorgewerk aufgrund einer Totalliquidation.

Bei drei angeschlossenen Arbeitgebern konnten die laufenden Sanierungsmassnahmen nach dem Jahresabschluss 2010 aufgrund eines Deckungsgrades von über 100% bereits wieder gestoppt werden.

Weil die entsprechenden Beschlüsse der zuständigen Trägerkantone noch nicht vorliegen, konnten die für das Vorsorgewerk der Universität beider Basel geplanten Sanierungsmassnahmen noch nicht in Angriff genommen werden. Bei acht angeschlossenen Arbeitgebern mit geschlossenen Versichertenbeständen (seit Jahren keine Neueintritte mehr) konnte auch im Rechnungsjahr keine Lösung für die Sanierung ihrer Vorsorgewerke gefunden werden.

4. Vorsorge

a) Angeschlossene Arbeitgeber

Per 1. März 2011 hat sich die IBA Basel 2020 (Internationale Bauausstellung) mit seinem Personal der PKBS zur Durchführung der beruflichen Vorsorge angeschlossen. Sie wählte den Vorsorgeplan C, welcher für das Alterssparen Beitragsprimat und für die Risikoleistungen Leistungsprimat vorsieht (Kombiprimat). Es handelt sich um das erste Vorsorgewerk, welches bei der PKBS im gemischten Primat geführt wird.

Das Sinfonieorchester Basel hat seinen Anschlussvertrag per 31. Dezember 2011 für den Kreis der Aktivversicherten gekündigt. Somit kommt es zu einer Teilliquidation, da die Rentenbeziehenden dieser Institution weiterhin bei der PKBS verbleiben. Ebenfalls per 31. Dezember 2011 fand eine Transaktion des Rentendeckungskapitals des einzigen Destinatärs der angeschlossenen Institution «Basler Wirrgarten» zu einer neuen Vorsorgeeinrichtung statt. Das Vorsorgewerk Gemeindespital Riehen in Liq. wurde infolge Totalliquidation per 31. Dezember 2010 aufgelöst.

b) Versicherungen und Leistungen

Im Berichtsjahr wurde von den zusätzlichen Einkaufsmöglichkeiten Gebrauch gemacht. So tätigten 148 Personen Einlagen für die vorzeitige Pensionierung in der Höhe von rund CHF 3,6 Mio. sowie 34 Personen Einlagen für die Erhöhung der Überbrückungsrente von rund CHF 0,5 Mio. Im Jahr 2011 wurden 128 Vorbezüge für Wohneigentum von insgesamt rund CHF 11,1 Mio. sowie 84 Verpfändungen zugunsten von Wohneigentum in der Höhe von rund CHF 10,1 Mio. getätigt.

Die im Rahmen des BVG-Obligatoriums vorgeschriebene Teuerungsanpassung der laufenden Hinterlassenen- und Invalidenrenten wurde per 1. Januar 2011 vollzogen. Bei den überobligatorischen Leistungen erfolgten ausser bei einer angeschlossenen Institution keine Anpassungen an die Teuerung. Infolge Erhöhung der AHV-Renten um 1,75% erfuhren die Überbrückungsrenten, deren Höhe in Prozent der AHV-Renten definiert ist, eine entsprechende Erhöhung.

Die Möglichkeit, einen Teil der Altersrente in Kapitalform zu beziehen, nutzten im Berichtsjahr 41 Personen. Dabei verliessen rund CHF 8,4 Mio. die Kasse. Die Ausrichtung eines Todesfallkapitals bei Versicherten, welche noch keine Rente beziehen und bei denen durch den Todesfall keine Ehegatten-, Geschiedenen- oder Lebenspartnerrente ausgelöst wird, erfolgte im Jahr 2011 in elf Fällen in der Höhe von rund CHF 1,0 Mio. Zum ersten Mal wurde im 2011 auch eine Lebenspartnerrente ausgerichtet.

5. Vermögensanlagen

a) Allgemeines Wirtschafts- und Börsengeschehen

Vor einem Jahr sagten die meisten Research-Häuser für die Schweizer Volkswirtschaft eine Wachstumsverlangsamung und höhere Zinsen voraus. Mit der Richtung der Konjunkturprognose lagen die Prognostiker richtig. Dagegen war ihr Blick in die Zukunft der Finanzmärkte eindeutig zu optimistisch. Zwar wurde die wirtschaftliche Entwicklung im abgelaufenen Jahr beeinflusst von nicht vorhersehbaren Ereignissen wie den politischen Revolutionen in der arabischen Welt und dem schweren Erdbeben in Japan mit der anschliessenden Nuklearkatastrophe. Andere Unsicherheitsfaktoren, wie die europäische Schuldenkrise und der starke Schweizer Franken, wurden hingegen schon Anfang 2011 thematisiert, jedoch unterschätzt. Insbesondere die Gefahr einer Ansteckung der Kernnationen der Euro-Zone, die von den angeschlagenen Peripherienationen ausging, nahm eine negative Dynamik an, welche die Marktteilnehmer so nicht erwartet hatten. Es blieb nicht bei einer konjunkturellen Zweiteilung Europas mit hohen Renditen in den angeschlagenen Nationen. Auch die Kernnationen der Euro-Zone zollten der Krise ihren Tribut. Das Bedürfnis der Investoren nach sicheren Häfen führte zu einer hohen Nachfrage nach Schweizer Staatsanleihen und Schweizer Franken. Entgegen der Markterwartung sanken die Renditen der

Eidgenossen weiter und der Schweizer Franken wertete sich noch mehr auf. Im Gegenzug stiegen die Renditeaufschläge von Unternehmensanleihen gegenüber Staatsanleihen wieder an. Die Anspannung an den Finanzmärkten zog die Realwirtschaft immer mehr in Mitleidenschaft. Die Vorlaufindikatoren für Europa und die Schweiz trübten sich ab der zweiten Jahreshälfte zunehmend ein. Vor allem die bis dahin starke Schweizer Exportwirtschaft drohte unter dem starken Schweizer Franken zusammenzubrechen. Am 6. September 2011 intervenierte die SNB, indem sie einen Mindestkurs von 1,20 Franken je Euro festlegte. Der Schweizer Exportwirtschaft verschafft sie damit aber höchstens eine Verschnaufpause und etwas mehr Planungssicherheit. Die politischen Entscheidungsträger in Europa konnten nur einzelne Erfolge bei der Entschärfung der Schuldenkrise verbuchen. Eine Lösung des Problems liegt nach wie vor in weiter Ferne. Trotz belastender Europakrise gibt es aber auch Lichtblicke: Positive Impulse aus China, Japan und vor allem den USA vermochten die Weltwirtschaft zum Jahresende wieder etwas zu beleben.

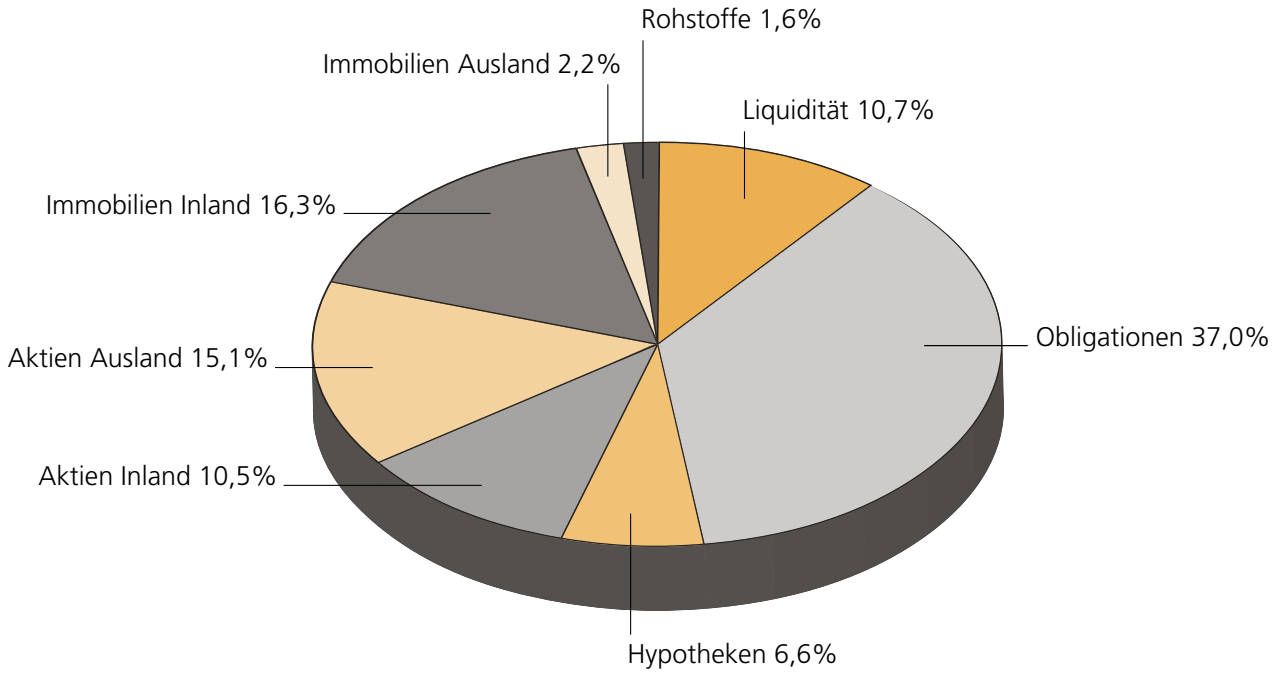
b) Strategie und Anlagestruktur

Die langfristige Anlagestrategie wird vom Verwaltungsrat aufgrund von Anlagezielen und unter Berücksichtigung der Risikofähigkeit der Kasse festgelegt. Die nachfolgende Aufstellung zeigt die Anlagestrategie per Ende Jahr 2011:

Anlagekategorien	Zielwerte	Bandbreiten min. – max.	Benchmark
Liquidität	7,5%	2,5% – 30,0%	Citigroup CHF 1 Month
Obligationen	35,0%	25,0% – 42,5%	Swiss Bond Index AAA-AA
Hypotheken	7,5%	2,5% – 12,5%	BKB variabler Hypothekarsatz, Swapsatz CHF 2Y
Aktien Inland	12,5%	5,0% – 15,0%	Swiss Performance Index
Aktien Ausland	17,5%	10,0% – 22,5%	MSCI All Countries World Index ex Switzerland
Immobilien Inland	17,0%	12,0% – 22,0%	KGAST Immo-Index (Schweiz)
Immobilien Ausland	3,0%	0,0% – 6,0%	KGAST Immo-Index (Ausland)
Rohstoffe	0,0%	0,0% – 5,0%	DJ AIG Commodity Index

Die Anlagestrategie wird jährlich systematisch überprüft. Die Anlagestrategie wurde vom Verwaltungsrat im vierten Quartal behandelt und ohne Änderungen verabschiedet.

Die nachfolgende Graphik zeigt die Anlagestruktur per 31. Dezember 2011 [1]:



[1] Die Grafik und die entsprechenden Werte in der darauf folgenden Tabelle zeigen die Struktur nach Anlagekategorien inklusive zugehöriger Liquidität. Weitere Details sind im Anhang 6.4 aufgeführt.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Anlagestruktur von 2009 bis 2011:

Anlagestruktur	**31.12.2009**	**31.12.2010**	**31.12.2011**
Liquidität	9,8%	15,2%	10,7%
Obligationen	34,5%	30,5%	37,0%
Hypotheken	7,8%	6,6%	6,6%
Aktien Inland	12,6%	12,2%	10,5%
Aktien Ausland	17,7%	17,1%	15,1%
Immobilien Inland	15,5%	15,2%	16,3%
Immobilien Ausland	2,1%	2,0%	2,2%
Rohstoffe	0,0%	1,2%	1,6%
Total	100,0%	100,0%	100,0%
Währungsanteil			
Schweizer Franken	81,0%	87,8%	81,9%
Fremdwährungen	19,0%	12,2%	18,1%

c) Anlageergebnis/Performance

Die Performance ist direkt abhängig von der definierten Anlagestrategie. Das Jahr 2011 war mit einer Performance von –0,2% und einem annualisierten Risiko von 4,3%[2] kein erfolgreiches Anlagejahr. Die erreichte Performance liegt deutlich unter der langfristigen Sollrendite von 4,6%. Die Performance war im abgelaufenen Geschäftsjahr geprägt von weltweit sinkenden Zinsen mit entsprechenden Kursgewinnen auf den Obligationen, zum Teil erheblichen Kurseinbussen an den Aktienbörsen sowie von substanziellen Einbussen der wichtigsten Leitwährungen gegenüber dem CHF.

Die nachstehende Tabelle zeigt eine Übersicht der erreichten Performance im Geschäftsjahr 2011 im Vergleich zur Performance der Benchmark pro Anlagekategorie:

Anlagekategorie	Performance Portfolio	Performance Benchmark
Liquidität	0,2%	0,1%
Obligationen	5,6%	5,6%
Hypotheken	2,5%	1,5%
Aktien Inland	–8,1%	–7,7%
Aktien Ausland	–9,0%	–7,1%
Immobilien Inland	5,1%	6,9%
Immobilien Ausland	–0,4%	–6,4%
Rohstoffe	–11,2%	–16,2%
Gesamtportfolio	–0,2%	0,9%

Die relative Performance wurde vorab durch das im Zuge der Euro-Krise und der rasch aufkommenden Rezessionsängsten stark rückläufige Zinsniveau sowie aufgrund der Intervention der Schweizerischen Nationalbank im September geprägt. Die Positionierungen von Fremdwährungsabsicherungen haben sich nicht ausbezahlt. Ferner hat die Untergewichtung der Aktienanlagen von 4 bis 5%-Punkten gegenüber der strategischen Allocation von 30% im vierten Quartal einen negativen Einfluss auf die relative Performance ausgeübt.

d) Vermögensverwaltung

Die PKBS investiert das ihr anvertraute Geld in verschiedenen Anlagekategorien. Pro Anlagekategorie werden ein oder mehrere Vermögensverwalter eingesetzt. Damit wird das Klumpenrisiko vermieden, alle Vermögenswerte nur einer Organisation zu überlassen.

In der Anlagekategorie Liquidität waren auch Vermögenswerte («Übrige Aktiven») enthalten, auf denen keine eigentlichen Vermögensanlagen getätigt werden konnten.

Der Bereich Obligationen wird mittels eines Core Satellite-Ansatzes umgesetzt. Das Core Portfolio liegt in der Regel nahe beim Swiss Bond Index. Die Obligationen müssen dabei ein Mindestrating resp. einen Investmentgrad aufweisen und die Ratingklassen A und BBB dürfen 10% des Bestandes nicht übersteigen. Die Entwicklung des Core Portfolios war aufgrund der defensiven Duration-Steuerung unterdurchschnittlich. Die Obligationen in Fremdwährungen haben sich im vergangenen Jahr positiv ausgewirkt. Die Performance auf den Obligationen in Fremdwährungen betrug 11,4%. Die Fremdwährungsrisiken werden üblicherweise systematisch abgesichert.

Die Bestände der Hypotheken waren im Berichtsjahr leicht rückläufig. Der Anteil von Hypotheken an Mitglieder der PKBS liegt bei rund 80%. Der Bestand an Wertberichtigungen konnte durch konsequente Bewirtschaftung der Risikopositionen auf tiefem Niveau gehalten werden. Im Berichtsjahr wurden 124 Kreditgesuche bearbeitet, was leicht über den Vorjahreszahlen liegt. Aufgrund der attraktiven Festzinskonditionen konnten rund 580 Festzinsverträge mit Laufzeiten von zwei bis zehn Jahren abgeschlossen werden. Die Performance von 2,5% widerspiegelt das tiefe Zinsumfeld.

[2] Annualisierte Standardabweichung basiert auf 36 historischen Monatsrenditen

Die Aktienanlagen werden mittels eines Core Satellite-Ansatzes bewirtschaftet. Bei diesem Ansatz setzt sich der Kern des Portfolios aus Anlagen zusammen, die den gewählten Aktienindex abbilden.
Im Bereich Aktien Inland wird der Swiss Performance Index (SPI) repliziert. Der passive Anlagestil lag im Berichtsjahr auf nahezu 100%. Die absolute Rendite von –8,1% liegt somit erwartungsgemäss nahe des Swiss Performance Indexes. Im Dezember wurde ein weiteres Mandat mit der St. Galler Kantonalbank aufgesetzt. Dieses Mandat investiert in die nach freier Marktkapitalisierung 75 grössten Titel am schweizerischen Aktienmarkt. Die Ausgangslage der Gewichtung der Titel basiert auf einer Gleichgewichtung, welche hinsichtlich dem Kriterium einer möglichst minimalen Varianz optimiert wird. Die Umsetzungsstrategie folgt einem quantitativen Ansatz.
Im Bereich Aktien Ausland beträgt der passive Anteil rund 90%. Die passiven Aktienmandate bilden das MSCI All Countries World Anlageuniversum ab. Die Übergewichtung von Aktien in Schwellenländern gegenüber der Marktkapitalisierung des Gesamtindexes hat sich im vergangenen Jahr nicht ausbezahlt. Im Bereich Aktien Ausland werden die Fremdwährungsrisiken nicht systematisch abgesichert. Ein Teil der Fremdwährungsrisiken in USD und EUR wurden abgesichert. Im Nachhinein hat sich diese vorsichtige Umsetzung negativ auf das Resultat ausgewirkt. Die Performance betrug im Berichtsjahr –9,4%.

Die Immobilienstrategie wurde im 2011 überarbeitet. Diese sieht weiterhin eine Erhöhung der geografischen Diversifikation vor. Der Bereich Immobilien Inland besteht aus rund 70% Direktanlagen und 30% indirekten Anlagen. Von den über 100 Liegenschaften der Direktanlagen liegen wertmässig 65% in der Region Basel. Der Anteil an Wohnliegenschaften blieb konstant bei 78%. Der Ausbau und die Optimierung des Direktbestandes wurden weiter vorangetrieben. Im Berichtsjahr konnten zwei Entwicklungsprojekte in Tann-Dürnten ZH und Gerlafingen SO erworben werden. Ein weiteres Projekt einer Gewerbeliegenschaft in Unterentfelden AG konnte gesichert werden. Der Verkauf der Liegenschaft Im Ettingerhof in Basel konnte abgeschlossen werden. Das Entwicklungsprojekt «Azur» in Kreuzlingen in Minergie-Standard konnte weiter vorangetrieben werden, wobei die Projektorganisation erneuert werden musste. Die ersten beiden Etappen sind fertig gestellt. Die dritte und letzte Etappe wird Mitte 2012 bezugsbereit sein. Im Dezember konnte das bestehende Miteigentum von $1/3$ an der Liegenschaft Konnex in Baden durch Ausübung des Vorkaufsrechts auf $2/3$ erhöht werden. Die Veränderungen der Portfoliowerte werden erst im 2012 wirksam. Bei den Immobilien-Direktanlagen betrug die Rendite 4,9% wobei 1,1%-Punkte auf die Wertänderungsrendite entfallen. Die indirekten Anlagen wurden weiter ausgebaut und dadurch die geographische Diversifikation verbessert.
Im Bereich Immobilien Ausland wurden im vergangenen Jahr kleinere Investitionen getätigt. Per Ende 2011 waren 2,2% des Gesamtvermögens in indirekte und nicht kotierte ausländische Immobilienanlagen investiert.

Die Rohstoffinvestitionen erfolgen ausschliesslich auf taktischer Ebene. Die Umsetzung erfolgt mittels eines Enhanced-Ansatzes. Bei diesem Ansatz wird das Portfolio nahe dem DJ UBS Commodity Index geführt und das Währungsrisiko gegenüber dem Schweizer Franken systematisch abgesichert. Im vierten Quartal erfolgten erste Investitionen in physisches Gold. Die Goldposition wurde schrittweise auf CHF 100 Mio. aufgebaut.

Die PKBS hat im Jahr 2011 an 137 Generalversammlungen die Stimm- und Wahlrechte wahrgenommen. Insgesamt wurden 1 297 Traktanden behandelt. Das Abstimmungsverhalten der PKBS erfolgte wie folgt:

- «Ja» bei 1 172 Traktanden
- «Nein» bei 123 Traktanden
- «Enthaltung» bei 2 Traktanden

Die PKBS veröffentlicht ihr Stimmverhalten nicht vorgängig zu einer Generalversammlung, da sie andere Aktionäre nicht beeinflussen möchte und auch keine politischen Absichten verfolgt. Die PKBS handelt einzig und alleine im Interesse ihrer Destinatäre.

Teil II: Jahresrechnung

1. Bilanz per 31. Dezember 2011 (in CHF)

Aktiven	31.12.2011	31.12.2010	Abweichung CHF	Abweichung %
Vermögensanlagen				
Flüssige Mittel und Geldmarktanlagen	1 160 125 515	1 494 610 716	–334 485 201	–22,4%
Forderungen und Darlehen	58 056 190	59 681 963	–1 625 773	–2,7%
Forderungen gegenüber Arbeitgebern	10 459 452	9 023 176	1 436 276	15,9%
Obligationen	3 533 240 321	2 990 301 477	542 938 844	18,2%
Aktien und ähnliche Wertpapiere	2 367 159 181	2 886 836 637	–519 677 456	–18,0%
Hypotheken	628 508 877	653 806 734	–25 297 857	–3,9%
Immobilien	1 772 057 773	1 702 422 316	69 635 457	4,1%
Rohstoffe	157 996 357	121 511 786	36 484 571	30,0%
Total Vermögensanlagen	**9 687 603 666**	**9 918 194 805**	**–230 591 139**	**–2,3%**
Aktive Rechnungsabgrenzungen	**47 074 187**	**46 717 369**	**356 818**	**0,8%**
Total Aktiven	**9 734 677 853**	**9 964 912 174**	**–230 234 321**	**–2,3%**

Passiven	31.12.2011	31.12.2010	Abweichung CHF	Abweichung %
Verbindlichkeiten				
Freizügigkeitsleistungen und Renten	28 088 686	4 851 759	23 236 927	478,9%
Andere Verbindlichkeiten	443 693	1 048 397	–604 704	–57,7%
Total Verbindlichkeiten	**28 532 379**	**5 900 156**	**22 632 223**	**383,6%**
Passive Rechnungsabgrenzungen	**23 141 796**	**27 995 446**	**–4 853 650**	**–17,3%**
Arbeitgeber-Beitragsreserven				
Arbeitgeber-Beitragsreserven ohne Verwendungsverzicht	11 750 071	11 142 929	607 142	5,4%
Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verwendungsverzicht	18 988 820	20 273 821	–1 285 001	–6,3%
Total Arbeitgeber-Beitragsreserven	**30 738 891**	**31 416 750**	**–677 859**	**–2,2%**
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen				
Vorsorgekapital aktive Versicherte	4 128 045 060	4 116 695 360	11 349 700	0,3%
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	5 414 972 243	5 364 218 636	50 753 607	0,9%
Technische Rückstellungen	533 361 259	485 147 871	48 213 388	9,9%
Total Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen	**10 076 378 562**	**9 966 061 867**	**110 316 695**	**1,1%**
Wertschwankungsreserven				
Wertschwankungsreserve Staat	0	50 330 023	–50 330 023	–100,0%
Wertschwankungsreserven Institutionen	3 565 956	12 035 754	–8 469 798	–70,4%
Total Wertschwankungsreserven	**3 565 956**	**62 365 777**	**–58 799 821**	**–94,3%**
Freie Mittel / Unterdeckung				
Staat				
Stand 1. Januar 2010		–721 181 234		
Zu-/Abnahmen 2010		–7 124 067		
Ertragsüberschuss 2010		728 305 301		
Stand 31. Dezember 2010	**0**	**0**		
Zu-/Abnahmen 2011	404 088			
Aufwandüberschuss 2011	–252 833 268			
Stand 31. Dezember 2011	**–252 429 180**			

Passiven (Fortsetzung)	**31.12.2011**	**31.12.2010**	**Abweichung**	
			CHF	**%**
Institutionen				
Stand 1. Januar 2010		–174 369 401		
Übertrag an Wertschwankungsreserven		–4 210 757		
Zu-/Abnahmen 2010		7 883 631		
Ertragsüberschuss 2010		41 868 705		
Stand 31. Dezember 2010	**–128 827 822**	**–128 827 822**		
Zu-/Abnahmen 2011	3 945 376			
Aufwandüberschuss 2011	–50 368 105			
Stand 31. Dezember 2011	**–175 250 551**			
Total Freie Mittel / Unterdeckung	**–427 679 731**	**–128 827 822**	**–298 851 909**	**232,0%**
Total Passiven	**9 734 677 853**	**9 964 912 174**	**–230 234 321**	**–2,3%**

2. Betriebsrechnung 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 (in CHF)

		2011	2010	Abweichung CHF	Abweichung %
A	**Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen**				
	Beiträge Arbeitnehmer	115 056 872	98 133 216	16 923 656	17,2%
	Beiträge Arbeitgeber	216 094 859	248 587 522	–32 492 663	–13,1%
	Nachzahlungen Arbeitnehmer	7 925 096	7 147 787	777 309	10,9%
	Nachzahlungen Arbeitgeber	2 460 016	2 331 328	128 688	5,5%
	Einmaleinlagen und Einkaufssummen	27 686 525	29 848 018	–2 161 493	–7,2%
	Sanierungsbeiträge und -einlagen	21 232 482	823 156 382	–801 923 900	–97,4%
	Einlagen in die AG-Beitragsreserven	1 514 956	7 272 507	–5 757 551	–79,2%
	Total ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	**391 970 806**	**1 216 476 760**	**–824 505 954**	**–67,8%**
B	**Eintrittsleistungen**				
	Freizügigkeitsleistungen	101 760 961	85 377 454	16 383 507	19,2%
	Einzahlungen WEF-Vorbezüge/Scheidung	2 682 515	2 455 614	226 901	9,2%
	Total Eintrittsleistungen	**104 443 476**	**87 833 068**	**16 610 408**	**18,9%**
C	**Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen (A+B)**	**496 414 282**	**1 304 309 828**	**–807 895 546**	**–61,9%**
D	**Reglementarische Leistungen**				
	Altersrenten	–394 237 278	–388 205 304	–6 031 974	1,6%
	Hinterlassenenrenten	–74 805 466	–73 437 525	–1 367 941	1,9%
	Invalidenrenten	–49 133 640	–49 446 723	313 083	–0,6%
	Übrige reglementarische Leistungen	0	–60 080	60 080	–100,0%
	Kapitalleistungen bei Pensionierung	–24 062 907	–26 010 087	1 947 180	–7,5%
	Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität	–1 022 717	–1 757 427	734 710	–41,8%
	Total Reglementarische Leistunge	**–543 262 008**	**–538 917 146**	**–4 344 862**	**0,8%**
E	**Austrittsleistungen**				
	Freizügigkeitsleistungen bei Austritt	–154 382 880	–91 736 014	–62 646 866	68,3%
	Vorbezüge WEF/Scheidung	–19 532 025	–17 659 055	–1 872 970	10,6%
	Total Austrittsleistungen	**–173 914 905**	**–109 395 069**	**–64 519 836**	**59,0%**
F	**Abfluss für Leistungen und Vorbezüge (D+E)**	**–717 176 913**	**–648 312 215**	**–68 864 698**	**10,6%**

		2011	2010	Abweichung CHF	Abweichung %
G	**Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven**				
	Bildung Vorsorgekapital aktive Versicherte	–4 875 967	–59 945 887	55 069 920	–91,9%
	Bildung Vorsorgekapital Rentenbeziehende	–50 855 018	–25 581 141	–25 273 877	98,8%
	Bildung technische Rückstellungen	–50 338 642	–73 580 160	23 241 518	–31,6%
	Verzinsung des Sparkapitals	–6 473 733	–6 393 643	–80 090	1,3%
	Bildung von Beitragsreserven	–1 666 224	–7 506 331	5 840 107	–77,8%
	Total Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven	**–114 209 584**	**–173 007 162**	**58 797 578**	**–34,0%**
H	**Versicherungsaufwand**				
	Beiträge an Sicherheitsfonds	–1 484 453	–2 375 927	891 474	–37,5%
	Total Versicherungsaufwand	**–1 484 453**	**–2 375 927**	**891 474**	**–37,5%**
I	**Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil (C+F+G+H)**	**–336 456 668**	**480 614 524**	**–817 071 192**	**–170,0%**
J	**Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage**				
	Nettoertrag aus:				
	– Flüssigen Mitteln und Geldmarktanlagen	2 637 294	1 963 627	673 667	34,3%
	– Forderungen und Darlehen	1 803 513	1 976 850	–173 337	–8,8%
	– Forderungen gegenüber Arbeitgebern	38 645	44 249	–5 604	–12,7%
	– Obligationen	182 868 604	107 167 911	75 700 693	70,6%
	– Aktien und ähnlichen Wertpapieren	–265 276 681	126 738 752	–392 015 433	–309,3%
	– Hypotheken	15 962 300	17 414 723	–1 452 423	–8,3%
	– Immobilien	74 292 637	84 845 537	–10 552 900	–12,4%
	– Rohstoffen	–23 859 271	21 511 691	–45 370 962	–210,9%
	Zinsaufwand auf Arbeitgeber-Beitragsreserven	–434	–275 589	275 155	–99,8%
	Kosten der Vermögensverwaltung	–9 335 603	–9 090 327	–245 276	2,7%
	Total Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage	**–20 868 996**	**352 297 424**	**–373 166 420**	**–105,9%**
K	**Sonstiger Ertrag**				
	Ertrag aus erbrachten Dienstleistungen	218 575	274 306	–55 731	–20,3%
	Übrige Erträge/Minderrendite Institutionen	5 255	116 380	–111 125	–95,5%
	Total Sonstiger Ertrag	**223 830**	**390 686**	**–166 856**	**–42,7%**
L	**Sonstiger Aufwand**	**–3 349**	**0**	**–3 349**	

		2011	2010	Abweichung CHF	Abweichung %
M	**Allgemeiner Verwaltungsaufwand**	**–4 896 011**	**–4 973 608**	**77 597**	**–1,6%**
N	**Ertrags- / Aufwandüberschuss vor Bildung / Auflösung Wertschwankungsreserven (I+J+K+L+M)**	**–362 001 194**	**828 329 026**	**–1 190 330 220**	**–143,7%**
O	**Bildung / Auflösung Wertschwankungs-reserven**	**58 799 821**	**–58 155 020**	**116 954 841**	**–201,1%**
P	**Ertrags- / Aufwandüberschuss (N+O)**	**–303 201 373**	**770 174 006**	**–1 073 375 379**	**–139,4%**
	davon				
	Anteil Staat	–252 833 268	728 305 301		
	Anteil Institutionen	–50 368 105	41 868 705		

3. Anhang

1. Grundlagen und Organisation

1.1 Rechtsform und Zweck

Die Pensionskasse Basel-Stadt ist eine öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie bezweckt die berufliche Vorsorge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates (Kanton Basel-Stadt) und der angeschlossenen Institutionen und schützt die Versicherten und deren Angehörige gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität. Die Pensionskasse Basel-Stadt garantiert in jedem Fall die Mindestleistungen gemäss BVG.

1.2 Registrierung BVG und Sicherheitsfonds

Die Pensionskasse Basel-Stadt ist im Register für die berufliche Vorsorge des Kantons Basel-Stadt unter der Nummer BS 135 eingetragen und dem Sicherheitsfonds BVG angeschlossen.

1.3 Rechtsgrundlagen

Die Rechtsgrundlagen der Pensionskasse Basel-Stadt umfassen:

- Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz; PKG) vom 28. Juni 2007 (Stand: 10. März 2010)
- Vorsorgereglement vom 24. August 2007 (Stand: 24. August 2011)
- Reglement über das Anschlussverhältnis mit Institutionen (Anschlussreglement) vom 24. August 2007 (Stand: 23. Februar 2011)
- Reglement über den BVG-Plan vom 27. November 2008 (Stand: 24. August 2011)
- Reglement über die Kombiprimatpläne C und D vom 24. November 2010 (Stand: 24. August 2011)
- Reglement über die berufliche Vorsorge für die unbefristet angestellten Mitarbeitenden der Universität Basel vom 23. Februar 2011 (Stand: 24. August 2011)
- Teilliquidationsreglement vom 11. April 2008 (Stand: 25. Mai 2011)
- Anlagereglement vom 22. September 2003 (Stand: 23. November 2011)
- Organisationsreglement vom 26. September 2005 (Stand: 30. April 2009)
- Personalreglement vom 20. Oktober 2005 (Stand: 28. Februar 2008)
- Reglement betreffend technische Rückstellungen und Schwankungsreserven vom 24. August 2006 (Stand: 23. Februar 2011)
- Reglement über die Wahl der Verwaltungsrats-Mitglieder vom 9. März 2009
- sachgemässe eidgenössische Erlasse

1.4 Führungsorgane/Zeichnungsberechtigung

Gemäss § 49 des Pensionskassengesetzes sind die Führungsorgane der Kasse der Verwaltungsrat und die Geschäftsstelle. Weitere Organe sind die Kontrollstelle und die Expertin bzw. der Experte für berufliche Vorsorge (siehe Ziffer 1.5).

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus zwölf Mitgliedern, welche jeweils für eine Dauer von vier Jahren gewählt werden. Sechs Mitglieder werden von der Arbeitnehmerschaft gewählt, davon fünf von den Staatsangestellten und eines von den Angestellten der angeschlossenen Institutionen. Sechs Mitglieder werden von den Arbeitgebern gewählt, davon fünf vom Regierungsrat und eines von den angeschlossenen Institutionen. Die laufende Amtsperiode dauert vom 1. Juni 2009 bis zum 31. Mai 2013. Das Präsidium besteht aus zwei Mitgliedern, wobei die Arbeitgebervertretenden und die Arbeitnehmervertretenden je ein Mitglied bezeichnen. Diese führen abwechselnd den Vorsitz für jeweils eine halbe Amtsperiode. Die Mitglieder des Präsidiums zeichnen kollektiv zu zweien mit einem Mitglied des Verwaltungsrates oder mit dem Direktor oder mit dem stv. Direktor (für verpflichtende Schriftstücke).

Arbeitgebervertretende, vom Regierungsrat gewählt:

- **Mario Da Rugna, lic.iur., Präsident bis 31. Mai 2011, Vizepräsident ab 1. Juni 2011, Arbeitgebervertreter Wahlkreis Staat**
  Mario Da Rugna ist Mitglied seit 2007. Bis am 31. Mai 2011 war er Präsident des Verwaltungsrates und seither Vizepräsident. Er ist zusätzlich Mitglied des Personalausschusses der PKBS. Mario Da Rugna leitet den Bereich Personal & Betrieb des Universitätsspitals Basel und ist Mitglied der Spitalleitung.
- **Peter Erismann, lic.rer.pol., Arbeitgebervertreter Wahlkreis Staat**
  Peter Erismann ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Er ist zusätzlich Mitglied des Prüfungsausschusses der PKBS. Beruflich ist er Personalleiter im Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt.
- **Eva Herzog, Dr. phil., Arbeitgebervertreterin Wahlkreis Staat**
  Eva Herzog war Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS und seit 2005 Mitglied des Verwaltungsrates. Eva Herzog ist Regierungsrätin und Vorsteherin des Finanzdepartements des Kantons Basel-Stadt.
- **Andi Hoppler, lic.iur., Arbeitgebervertreter Wahlkreis Staat**
  Andi Hoppler ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2007. Beruflich ist er Rechtsanwalt und führt eine eigene Anwaltkanzlei. Andi Hoppler ist zusätzlich bei einer anderen bedeutenden schweizerischen Pensionskasse einerseits im Stiftungsrat sowie andererseits als Präsident der Anlagekommission tätig.
- **Antonina Stoll, lic.iur., Arbeitgebervertreterin Wahlkreis Staat**
  Antonina Stoll ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Sie ist zusätzlich Mitglied und Präsidentin des Ausschusses für Personalfragen der PKBS. Beruflich ist Antonina Stoll Mitglied der Geschäftsleitung des Amtes für Wirtschaft und Arbeit. Zudem ist sie Mitglied der Personalrekurskommission des Kantons Basel-Stadt, Ersatzmitglied als Kantonsvertreterin der Tripartiten Kommission AVIG und Arbeitsbedingungen sowie Vertreterin der Kantone im Gemischten Ausschuss Personenfreizügigkeit CH-EU.

Arbeitgebervertreter, von den angeschlossenen Institutionen gewählt:

- **Benedikt Jungo, Arbeitgebervertreter Wahlkreis Institutionen**
  Benedikt Jungo war langjähriges Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS. Seit 2005 ist er Mitglied des Verwaltungsrates. Er ist zusätzlich Mitglied und Präsident des Prüfungsausschusses der PKBS. Benedikt Jungo ist Rektor der Handelsschule KV Basel.

Arbeitnehmervertretende, von den Staatsangestellten gewählt:

- **Beat Siegenthaler, Vizepräsident bis 31. Mai 2011, Präsident ab 1. Juni 2011, Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Staat**
  Beat Siegenthaler war langjähriges Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS. Seit 2005 ist er Mitglied des Verwaltungsrates. Vom 1. Juni 2009 bis am 31. Mai 2011 war er Vizepräsident und seither Präsident des Verwaltungsrates. Beruflich ist er Lehrer und Präsident der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt (FSS), dem Berufsverband der Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Basel-Stadt.
- **Rudolf Rechsteiner, Dr.rer.pol., Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Staat**
  Rudolf Rechsteiner ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Er ist zusätzlich Mitglied des Prüfungsausschusses der PKBS. Rudolf Rechsteiner ist ehemaliger und langjähriger Nationalrat und ist heute selbstständiger Berater im Bereich Energie, Umwelt und Sozialpolitik. Ausserdem ist er Mitglied der Energiekommission des Kantons Basel-Stadt und Verwaltungsrat der Industriellen Werke Basel.
- **Christoph Tschan, lic.rer.pol., Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Staat**
  Christoph Tschan war langjähriges Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS. Seit 2005 ist er Mitglied des Verwaltungsrates. Er ist zusätzlich Mitglied des Prüfungsausschusses der PKBS. Beruflich ist

Christoph Tschan als Lehrperson am Wirtschaftsgymnasium Basel tätig und Mitglied der Geschäftsleitung der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt (FSS), dem Berufsverband der Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Basel-Stadt. Ausserdem ist er Präsident der Kassenkommission der Unfallversicherungskasse des Basler Staatspersonals.

– **Dora Weissberg, lic.iur.,**
  Arbeitnehmervertreterin Wahlkreis Staat
  Dora Weissberg ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Sie ist zusätzlich Mitglied des Ausschusses für Personalfragen der PKBS. Beruflich ist Dora Weissberg leitende Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt.
– **Daniel Wittlin,**
  Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Staat
  Daniel Wittlin ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Beruflich ist Daniel Wittlin Kriminalkommissär für Wirtschaftsdelikte bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt.

Arbeitnehmervertreter, von den angeschlossenen Institutionen gewählt:

– **Franco Nebel,**
  Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Institutionen
  Franco Nebel war langjähriges Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS. Seit 2009 ist er Mitglied des Verwaltungsrates. Er ist zusätzlich Mitglied des Ausschusses für Personalfragen der PKBS. Beruflich ist er als polyvalenter Fahrdienstangestellter bei der BVB (Basler Verkehrs-Betriebe) und als Sekretär beim PSVB (Personalverband städtische Verkehrsbetriebe Basel) tätig. Seit 2000 ist er auch Mitglied der Personalrekurskommssion des Kantons Basel-Stadt.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle besorgt die laufenden Geschäfte der Kasse nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen und den Weisungen des Verwaltungsrates. Sie vertritt die Kasse nach aussen und wird geleitet vom Direktor. Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle zeichnen kollektiv zu zweien (für verpflichtende Schriftstücke).

Geschäftsleitung:

– Dieter Stohler, lic.iur., Direktor (bis 31. Dezember 2011)
– Roger Zeugin, lic.rer.pol., eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer und eidg. dipl. Pensionskassenleiter, stv. Direktor und Leiter Finanzen & Services
– Kristina Hartmann, lic.iur., Sozialversicherungsfachfrau mit eidg. Fachausweis, Leiterin Vorsorge
– Max-Eric Laubscher, dipl. Betriebsökonom FH, eidg. dipl. Finanzanalytiker und Vermögensverwalter (CIIA), Leiter Vermögensanlagen
– Susanne Jeger, Fürsprech und Notarin, Direktorin (ab 1. März 2012)

Weitere Kadermitglieder:

– Beat Bommer, lic.rer.pol., Leiter Immobilienanlagen und Hypotheken, stv. Leiter Vermögensanlagen
– Antonio Manenti, stv. Leiter Hypotheken (bis 30. November 2011)
– Romina Monti, stv. Leiterin Hypotheken (ab 1. Dezember 2011)
– Roger Chappuis, Leiter Versicherungen ad interim
– Roland Leuthard, Leiter Finanzbuchhaltung
– Martin Loosli, eidg. dipl. Pensionskassenleiter, Leiter Marketing & Arbeitgeberberatung
– Caroline Ruesch, Sozialversicherungsfachfrau mit eidg. Fachausweis, Leiterin Leistungen
– Verena Wittlin, stv. Leiterin Leistungen

1.5 Experte, Kontrollstelle, Aufsichtsbehörde

Expertin für berufliche Vorsorge

Swisscanto Vorsorge AG
Picassoplatz 8, 4052 Basel

Kontrollstelle

PricewaterhouseCoopers AG
St. Jakobs-Strasse 25, 4002 Basel

Aufsichtsbehörde

BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)
Eisengasse 8, 4051 Basel

1.6 Angeschlossene Arbeitgeber

Der Bestand an Vorsorgewerken mit Aktivversicherten nahm im Berichtsjahr aufgrund der Teilliquidationen FHNW und Theater Basel um vier ab. Als neuer Anschluss konnte die IBA Basel 2020 gewonnen werden. Somit hat dieser Bestand im Ergebnis um drei Vorsorgewerke auf neu 36 Anschlüsse abgenommen; derjenige von Vorsorgewerken ohne Aktivversicherte (geschlossene Rentnerbestände) erhöht sich aufgrund des Verbleibs der Rentenbeziehenden FHNW und des Theater Basel und der Auflösung des Anschlusses Gemeindespital Riehen in Liq. auf total 27 Anschlüsse.

Institutionen	31.12.2011			31.12.2010		
	Aktive	Rentner	Total	Aktive	Rentner	Total
Ausgleichskasse AHV Basel-Stadt	75	14	89	74	11	85
Bardusch AG Basel	1	51	52	1	51	52
Blutspendezentrum SRK beider Basel	60	16	76	54	16	70
Bürgerratskanzlei der Bürgergemeinde *	1	6	7	1	6	7
Bürgerspital Basel *	3	232	235	4	240	244
Bürgerliches Waisenhaus *	3	22	25	3	22	25
BVB Basler Verkehrsbetriebe	1 044	148	1 192	1 002	117	1 119
Forstverwaltung der Bürgergemeinde *	1	4	5	2	4	6
Gebäudeversicherung Basel-Stadt	20	19	39	20	18	38
Gehörlosen-Fürsorgeverein Region Basel	3	4	7	3	4	7
Gemeinde Bettingen	13	7	20	12	6	18
Gemeinde Riehen	404	218	622	389	137	526
Genossenschaft Studentenheim	1	0	1	1	0	1
Handelsschule des Kaufmännischen Vereins Basel	133	64	197	142	63	205
IBA Basel 2020	5	0	5	0	0	0
Industrielle Werke Basel (IWB)	785	40	825	767	19	786
Interkantonale Strafanstalt Bostadel	79	48	127	79	47	126
IV-Stelle Basel-Stadt	99	7	106	99	7	106
JUFA Gemeinnützige Schule für entwicklungsgehemmte Kinder	62	13	75	58	13	71
Landpfrundhaus Riehen/Bettingen	2	4	6	2	5	7
Merian-Iselin-Spital *	1	35	36	1	36	37

* geschlossener Bestand (keine Neueintritte)

Institutionen (Fortsetzung)	31.12.2011			31.12.2010		
	Aktive	**Rentner**	**Total**	**Aktive**	**Rentner**	**Total**
Musik-Akademie Basel-Stadt *	110	149	259	120	148	268
Pensionskasse Basel-Stadt	32	5	37	32	5	37
Pro Rheno AG	40	24	64	39	23	62
Regio Basiliensis	5	2	7	5	2	7
RHI Regionales Heilmittelinspektorat der Nordwestschweiz	6	2	8	6	2	8
SIK Schweizerische Informatikkonferenz	4	0	4	4	0	4
SPITEX Riehen/Bettingen *	7	4	11	8	5	13
Stiftung AHBasel (exVerein Jugendfürsorge) *	1	15	16	1	16	17
Stiftung Sinfonieorchester *	50	142	192	55	140	195
Stiftung Volkshochschule beider Basel	30	5	35	30	3	33
Stiftung Wildt'sches Haus	1	0	1	1	0	1
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen	102	28	130	116	25	141
Universität Basel	1 240	491	1 731	1 217	481	1 698
Verein Gegenseitige Hilfe Riehen – Bettingen	3	3	6	3	3	6
Verein Gsünder Basel	7	0	7	5	0	5
Subtotal	**4 433**	**1 822**	**6 255**	**4 356**	**1 675**	**6 031**

Institutionen ohne Aktivversicherte	31.12.2011			31.12.2010		
	Aktive	**Rentner**	**Total**	**Aktive**	**Rentner**	**Total**
abilia (exGesellschaft zur Förderung geistig Behinderter)	0	6	6	0	6	6
Basler Frauenverein am Heuberg	0	25	25	0	25	25
Basler Kunstverein	0	2	2	0	2	2
BLT Baselland Transport AG	0	12	12	0	12	12
BTG-Treuhand	0	2	2	0	2	2
Christoph Merian Stiftung	0	6	6	0	6	6
Dietisberg Wohn- und Werkheim	0	1	1	0	1	1
Erlenverein Basel	0	4	4	0	4	4
Familien- und Erziehungsberatung Basel	0	5	5	0	5	5
FHNW Fachhochschule Nord-westschweiz (Teil FHBB) *	0	22	22	15	16	31
FHNW Fachhochschule Nord-westschweiz (Teil hpsabb) *	0	34	34	17	29	46
FHNW Fachhochschule Nord-westschweiz (Teil Musik-Akademie) *	0	26	26	59	18	77
Gemeindespital Riehen in Liq.	0	0	0	0	73	73

* geschlossener Bestand (keine Neueintritte)

Institutionen ohne Aktivversicherte (Fortsetzung)	31.12.2011			31.12.2010		
	Aktive	**Rentner**	**Total**	**Aktive**	**Rentner**	**Total**
Kraftwerk Augst AG	0	13	13	0	13	13
Lungenliga beider Basel	0	13	13	0	13	13
Motorfahrzeugprüfstation beider Basel	0	4	4	0	4	4
REHAB Basel AG	0	2	2	0	2	2
Schweiz. Sportmuseum	0	1	1	0	1	1
Sehbehindertenhilfe Basel-Stadt und -Land	0	3	3	0	3	3
SPITEX Basel	0	15	15	0	15	15
Stiftung Augenspital Basel	0	37	37	0	39	39
Stiftung Basler Studienheim, Haus «La Ferrière»	0	1	1	0	1	1
Stiftung Basler Wirrgarten	0	1	1	0	1	1
Stiftung Sympany	0	10	10	0	10	10
Theater Basel	0	139	139	76	140	216
UKBB Universitäts-Kinderspital beider Basel	0	36	36	0	36	36
Wohngruppen Karpfenweg	0	7	7	0	7	7
Zoologischer Garten	0	13	13	0	13	13
Subtotal	**0**	**440**	**440**	**167**	**497**	**664**
Gesamttotal	**4 433**	**2 262**	**6 695**	**4 523**	**2 172**	**6 695**

2. Aktive Versicherte und Rentenbeziehende

2.1 Aktive Versicherte

Bestandesbewegungen

		Männer		Frauen		Total
		Anzahl	in%	Anzahl	in%	
Leistungsprimat						
Stand am 31.12.2010		9 053	47,2%	10 115	52,8%	19 168
Staat	Zu-/Abnahme	97	25,0%	291	75,0%	388
Institutionen	Zu-/Abnahme	–50	54,9%	–41	45,1%	–91
Stand am 31.12.2011		**9 100**	**46,8%**	**10 365**	**53,2%**	**19 465**
Veränderung total		47	1%	250	2%	297
BVG-Plan						
Stand am 31.12.2010		231	31,0%	513	69,0%	744
Staat	Zu-/Abnahme	7	–19,4%	–43	119,4%	–36
Institutionen	Zu-/Abnahme	–5	125,0%	1	–25,0%	–4
Stand am 31.12.2011		**233**	**33,1%**	**471**	**66,9%**	**704**
Veränderung total		2	1%	–42	–8%	–40
Kombiprimat						
Stand am 31.12.2010		0	0	0	0	0
	Zu-/Abnahme	3	60,0%	2	40,0%	5
Stand am 31.12.2011		**3**	**60,0%**	**2**	**40,0%**	**5**
Veränderung total		3		2		5
Freiwillig Versicherte						
Stand am 31.12.2010		2	22,2%	7	77,8%	9
Stand am 31.12.2011		**2**	**25,0%**	**6**	**75,0%**	**8**
Veränderung total		0	0%	–1	–14%	–1
Gesamtbestand						
Stand am 31.12.2010		9 286	46,6%	10 635	53,4%	19 921
Veränderung		52	19,9%	209	80,1%	261
Total am 31.12.2011		**9 338**	**46,3%**	**10 844**	**53,7%**	**20 182**

Endbestand per 31.12.2011

		Männer		Frauen		Total
		Anzahl	in%	Anzahl	in%	
Staatspersonal	Leistungsprimat	6 337	42,0%	8 749	58,0%	15 086
	BVG-Plan	208	31,8%	447	68,2%	655
						–
Institutionen	Leistungsprimat	2 763	63,1%	1 616	36,9%	4 379
	BVG-Plan	25	51,0%	24	49,0%	49
	Kombiprimat	3	60,0%	2	40,0%	5
Freiwillig Versicherte		2	25,0%	6	75,0%	8
Total		**9 338**	**46,3%**	**10 844**	**53,7%**	**20 182**

Entwicklung des Bestandes an aktiven Versicherten

		Männer		Frauen		Total
		Anzahl	in%	Anzahl	in%	
Stand am	31.12.1960	7 530	74,8%	2 531	25,2%	10 061
	31.12.1965	8 002	73,1%	2 941	26,9%	10 943
	31.12.1970	8 204	69,8%	3 550	30,2%	11 754
	31.12.1975	8 657	65,5%	4 568	34,5%	13 225
	31.12.1980	9 254	58,9%	6 465	41,1%	15 719
	31.12.1985	10 343	55,5%	8 278	44,5%	18 621
	31.12.1990	10 329	51,0%	9 929	49,0%	20 258
	31.12.1995	9 963	49,9%	9 985	50,1%	19 948
	31.12.2000	9 595	49,6%	9 733	50,4%	19 328
	31.12.2001	9 608	49,4%	9 829	50,6%	19 437
	31.12.2002	9 742	49,4%	9 978	50,6%	19 720
	31.12.2003	9 612	49,2%	9 915	50,8%	19 527
	31.12.2004	9 863	48,6%	10 430	51,4%	20 293
	31.12.2005	9 881	47,8%	10 804	52,2%	20 685
	31.12.2006	9 705	47,2%	10 847	52,8%	20 552
	31.12.2007	9 593	46,8%	10 896	53,2%	20 489
	31.12.2008	9 173	46,6%	10 511	53,4%	19 684
	31.12.2009	9 306	46,4%	10 764	53,6%	20 070
	31.12.2010	9 286	46,6%	10 635	53,4%	19 921
	31.12.2011	**9 338**	**46,3%**	**10 844**	**53,7%**	**20 182**

2.2 Rentenbeziehende

Bestandesbewegungen

Zunahme 2011		Anzahl*	Zunahme CHF*
Altersrenten	Männer	102	3 099 036
	Frauen	142	3 668 968
Invalidenrenten	Frauen	34	368 157
Ehegattenrenten		27	1 636 519

Abnahme 2011	Anzahl*	Abnahme CHF*
Invalidenrenten Männer	–6	–280 595
Waisenrenten	–5	–34 306
Kinderrenten	–29	–32 395
Renten an invalide Kinder	–2	–17 005
Überbrückungsrenten	–63	–772 950

Endbestand nach Rentenarten 31.12.2011		Anzahl	Ordentliche Renten CHF
Altersrenten	Männer	5 433	258 777 512
	Frauen	4 559	118 477 994
Invalidenrenten	Männer	1 099	26 641 680
	Frauen	1 270	20 801 156
Ehegattenrenten		2 774	74 590 624
Subtotal 1		**15 135**	**499 288 966**
Waisenrenten		138	796 246
Kinderrenten		747	1 591 690
Renten an invalide Kinder		32	211 442
Subtotal 2		**16 052**	**501 888 344**
Überbrückungsrenten		1 515	18 607 718
Total		**17 567**	**520 496 062**

* jeweils Saldo aus Zugängen minus Abgängen

Detailangaben Entwicklung Invalidenrenten	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
Männer unter 63 Jahre	491	542	585
Männer über 63 Jahre	608	563	503
Total Männer	**1 099**	**1 105**	**1 088**
Frauen unter 63 Jahre	779	801	830
Frauen über 63 Jahre	491	435	383
Total Frauen	**1 270**	**1 236**	**1 213**

Entwicklung des Rentenbestandes

	Alters- und Invalidenrenten inkl. Überbrückungsrenten		Ehegattenrenten / Waisen-Renten / Kinderrenten / Renten an invalide Kinder		Total Renten	
Stand am	Anzahl	Jahresrenten CHF	Anzahl	Jahresrenten CHF	Anzahl	CHF
31.12.1960	2 411 *	16 331 015	1 683	5 169 662	4 094	21 500 677
31.12.1965	2 794 *	23 026 630	1 909	7 363 282	4 703	30 389 912
31.12.1970	3 291 *	39 997 196	2 101	12 573 943	5 392	52 571 139
31.12.1975	3 742 *	74 570 792	2 351	21 933 919	6 093	96 504 711
31.12.1980	4 463 *	102 066 425	2 535	28 322 151	6 998	130 388 576
31.12.1985	5 281 *	143 004 640	2 675	37 180 945	7 956	180 185 585
31.12.1990	6 326 *	188 731 020	2 748	43 968 974	9 074	232 699 994
31.12.1995	7 575 *	280 270 233	2 970	58 430 886	10 545	338 701 119
31.12.2000	8 942 *	337 704 089	3 366	65 956 646	12 308	403 660 735
31.12.2005	12 285	392 991 573	3 572	70 191 111	15 857	463 182 684
31.12.2010	13 667	437 223 444	3 700	75 637 189	17 367	512 860 633
31.12.2011	**13 876**	**443 306 060**	**3 691**	**77 190 002**	**17 567**	**520 496 062**

* Die Kinder- und Überbrückungsrenten werden als zusätzliche Renten an Bezüger von ordentlichen Alters- und Invalidenrenten ausbezahlt. Zudem gibt es Personen, die mehrere Renten beziehen (beispielsweise aufgrund gestaffelter Pensionierung).

Endbestand nach Anzahl Personen 31.12.2011		Anzahl	Ordentliche Renten CHF
Altersrentner	Männer	5 228	258 777 512
	Frauen	4 218	118 477 994
Invalidenrentner	Männer	965	26 641 680
	Frauen	1 089	20 801 156
Bezüger von Ehegattenrenten		2 733	74 590 624
Bezüger von Waisenrenten		128	796 246
Bezüger von Renten an invalide Kinder		32	211 442
Kinderrenten*			1 591 690
Überbrückungsrenten*			18 607 718
Total		**14 393**	**520 496 062**

* Die Kinder- und Überbrückungsrenten werden als zusätzliche Renten an Bezüger von ordentlichen Alters- und Invalidenrenten ausbezahlt. Zudem gibt es Personen, die mehrere Renten beziehen (beispielsweise aufgrund Gestaffelter Pensionierung).

3. Art der Umsetzung des Zwecks

3.1 Erläuterung der Vorsorgepläne

Staatspersonal: Plan Leistungsprimat und BVG-Plan

Die Pensionskasse Basel-Stadt ist eine autonome Vorsorgeeinrichtung mit umhüllenden Vorsorgeleistungen. Das heisst, dass auch über dem Obligatorium des BVG liegende Leistungen erbracht werden.

Im Plan Leistungsprimat errechnet sich der versicherte Lohn aus dem AHV-pflichtigen Grundlohn, abzüglich eines Koordinationsabzuges. Dieser Koordinationsabzug entspricht drei Achteln des Grundlohnes, im Maximum jedoch der maximalen jährlichen AHV-Altersrente, wobei der Beschäftigungsgrad entsprechend berücksichtigt wird. Der gemäss basel-städtischem Lohngesetz das Maximum von Lohnklasse 22 (CHF 213 343,00; Stand 2011) übersteigende Betrag wird zu 50% versichert und der das Maximum der Lohnklasse 28 (CHF 327 255,50; Stand 2011) übersteigende Betrag wird nicht berücksichtigt. Der so berechnete maximal zu versichernde AHV-Lohn beträgt CHF 270 300 (Stand 2011).

Bei Volleinkauf beträgt die Alters- bzw. Invalidenrente 65% des versicherten Lohnes. Die massgebende Versicherungszeit beträgt 38 Jahre, das ordentliche Rücktrittsalter beträgt 63 Jahre. Die Ehegattenrente beträgt $^{2}/_{3}$, die Waisen- und Invalidenkinderrente $^{1}/_{5}$ der Alters- bzw. Invalidenrente. Die Höhe der Pensionierten-Kinderrente entspricht dem BVG-Obligatorium. Eine vorzeitige Pensionierung ist ab Alter 58 möglich. Vergünstigte Konditionen bestehen bei Pensionierung ab Alter 60. Zur Altersrente wird eine Überbrückungsrente in der Höhe von 120% der minimalen AHV-Altersrente (max. 140% bei tiefen Löhnen) ausgerichtet. Bei Verteilung auf mehrere Jahre ist der Totalbezug an Überbrückungsrenten auf 360% (bzw. 420%) begrenzt. Für Konkubinatspaare wird im Todesfall eine Lebenspartnerrente in der Höhe der Ehegattenrente ausgerichtet. Sofern beim Tod einer aktiven versicherten Person keine Ehegatten-, Lebenspartner- oder Geschiedenenrente fällig wird, besteht Anspruch auf ein Todesfallkapital.
Die laufenden Renten werden nach den finanziellen Möglichkeiten der Kasse der Teuerung angepasst, wobei der Staat hierfür einen jährlichen Beitrag in einen separaten Teuerungsfonds einbezahlt. Über die Verwendung dieses Fonds bestimmt der Verwaltungsrat.

Kurzzeitig Versicherte (bis maximal sechs Monate), Personen im Stundenlohn und Versicherte mit Eintrittsalter ab 63 Jahren werden in einem «BVG-Plan» versichert. Dessen Leistungen entsprechen den Mindestleistungen gemäss BVG.

Es bestehen diverse Sonderbestimmungen, u.a. für Magistratspersonen. Im Einzelnen wird auf das Gesetz und auf die vom Verwaltungsrat erlassenen Ausführungsbestimmungen (Reglemente) verwiesen.

Angeschlossene Institutionen: Wahl aus vier verschiedenen Vorsorgeplänen

Plan A: Leistungsprimat, 65% Alters-/Invalidenrente, mit Rücktrittsalter 63

Plan B: Leistungsprimat, 65% Alters-/Invalidenrente, mit Rücktrittsalter 64 (Frauen) und 65 (Männer)

Plan C: Kombiprimat, Beitragsprimat beim Sparprozess mit Leistungsziel 65%; Risikoleistungen im Leistungsprimat mit variabler Höhe, mit Rücktrittsalter 65

Plan D: Kombiprimat, wie Plan C, jedoch mit Leistungsziel 60%, mit Rücktrittsalter 65

3.2 Finanzierung, Finanzierungsmethode

Die PKBS ist nach den Grundsätzen der Kapitaldeckung in geschlossener Kasse aufgebaut. Beim Leistungsprimatplan (Plan A; Staatspersonal) betragen die ordentlichen Arbeitnehmerbeiträge grundsätzlich 8,5% des anrechenbaren Lohnes (1,5% für Versicherte unter 25 Jahren). Bei Lohnerhöhungen sind Nachzahlungen zu leisten, wobei der Beitrag der Versicherten in Prozent der Lohnerhöhung bemessen wird, der Prozentsatz entspricht dem Lebensalter. Lohnerhöhungen von über 10% (bzw. 5% ab Alter 50) sind einzukaufen (gemäss Einkaufstabelle). Die ordentlichen Arbeitgeberbeiträge des Staates betragen 20% des anrechenbaren Lohnes. Dazu kommt ein Beitrag an den Teuerungsfonds Staat von 2,5% (bzw. 5% spätestens ab dem Jahr 2038).

Seit dem 1. Januar 2011 beträgt der ordentliche Arbeitnehmerbeitrag im Leistungsprimatplan (Plan A) für das Staatspersonal 10,1% (ab Alter 25), der Arbeitgeberbeitrag 18,4%. Diese Beitragsverschiebung erfolgte aufgrund der per 31. Dezember 2010 erfolgten Sanierung im Versichertenbereich Staat. Die Hälfte der vom Staat einbezahlten Einmaleinlage (CHF 795 Mio. inkl. Anteil IWB Industrielle Werke Basel) wird dem Arbeitgeber von den Destinatärinnen und Destinatären zurückbezahlt. Für die Aktivversicherten erfolgt dies über die vorstehend aufgezeigte Erhöhung des Beitrages; die vom Arbeitgeber dadurch eingesparten Mittel werden als Rückzahlung der Arbeitnehmeranteile angerechnet. Der Anteil der Rentenbeziehenden an diese Sanierung erfolgt durch einen Verzicht auf Teuerungsanpassung in der Form einer Reduktion des Arbeitgeberbeitrages an den Renten-Teuerungsfonds von 2,5% auf 0,1% der versicherten Lohnsumme Aktivversicherte. Diese Beitragsaufteilung gilt – gleichfalls abhängig von der finanziellen Entwicklung im betreffenden Vorsorgewerk – so lange, bis die Gesamtheit der Destinatärinnen und Destinatäre ihren hälftigen Anteil an die Sanierungseinlage geleistet haben.

Im Umfang der benötigten Wertschwankungsreserven besteht für den Bereich Staat eine Staatsgarantie in der Höhe von max. 20% der Vorsorgeverpflichtungen. Dies jedoch nur solange, als der Zieldeckungsgrad (100% plus Ziel-Wertschwankungsreserve) noch nicht erreicht ist. Die Beiträge sind so ausgelegt worden, dass die reglementarischen Leistungen erbracht werden können, wobei eine Anlagerendite von 4,6% p.a. einberechnet wurde. Der technische Zinssatz beträgt 4,0%. Dieser ist Teil der Gesamtüberprüfung, welche im Anhang unter Ziffer 9.6 erläutert wird.
Der Beitrag der angeschlossenen Institutionen richtet sich nach den Anschlussverträgen bzw. nach dem gewählten Vorsorgeplan. Es gilt der Grundsatz, dass langfristig jede Institution die vollen Kosten ihrer Vorsorge (inkl. Verwal-

tungskosten) selbst trägt. Die Finanzierung der Vorsorge einer jeden Institution erfolgt somit getrennt vom Staat bzw. von den übrigen Arbeitgebern, somit wird für jede Institution auch ein eigener Deckungsgrad geführt.

Die versicherten Löhne der Aktiven Versicherten betragen:

(in Mio. CHF)	2011	2010
Staat	882,4	857,7
Institutionen	289,9	292,5
Freiwillig Versicherte	0,3	0,3
Total versicherte Löhne	**1 172,6**	**1 150,5**

4. Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit

4.1 Bestätigung über Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26

Die vorliegende Jahresrechnung entspricht den Vorschriften von Swiss GAAP FER 26.

4.2 Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze

Flüssige Mittel, Geldmarktanlagen, Wertschriften

Die Bewertung der Flüssigen Mittel, Geldmarktanlagen und Wertschriften (inkl. Derivate und Rohstoffe) erfolgt zu Marktwerten per Bilanzstichtag. Die daraus entstehenden realisierten und nicht realisierten Kursgewinne und -verluste werden erfolgswirksam im Nettoertrag aus Flüssigen Mitteln und Geldmarktanlagen, Obligationen, Aktien und ähnlichen Wertpapieren ausgewiesen. Derivate stehen zum Marktwert bei den entsprechenden Basispositionen (Long-Positionen positiv, Short-Positionen negativ). Der Deckungspflicht (Liquidität) für Engagements in Derivaten wird durch Anwendung der Fachempfehlungen zum Einsatz und zur Darstellung der derivativen Finanzinstrumente nachgekommen.

Forderungen und Darlehen

Die Bilanzierung der Forderungen und Darlehen erfolgt zu Nominalwerten.

Fremdwährungsumrechnungen

Erträge und Aufwendungen in Fremdwährungen werden zu den jeweiligen Tageskursen umgerechnet. Aktiven und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen werden zu Jahresendkursen bewertet. Die daraus entstehenden Kursgewinne und -verluste werden erfolgswirksam verbucht.

Hypotheken

Die Bilanzierung der Hypothekardarlehen erfolgt zum Nominalwert abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Wertberichtigungen.

Immobilien

Bei den Immobilien wird zwischen direkten Immobilienanlagen, im Bau befindlichen Immobilien und indirekten Immobilienanlagen unterschieden. Die einzelnen Kategorien werden wie folgt bewertet:

- Direkte Immobilienanlagen werden zum Marktwert bilanziert. Dieser wird nach der Discounted Cash Flow-Methode (DCF) ermittelt. Die wichtigsten Bewertungsparameter der DCF-Methode sind:
  - Mietertragswachstum: Individuell pro Objekt
  - Inflation: 1% p.a.
  - Diskontsatz: Basisdiskontsatz = 5%; individuelle Zu- und Abschläge für spezifische Objekteigenschaften
- Im Bau befindliche Immobilien: Als im Bau befindliche Immobilien gelten Neubauten bis zur abgeschlossenen Bauabrechnung. Die Bewertung erfolgt zum tieferen Wert von Anschaffungskosten und Marktwert.
- Indirekte Immobilienanlagen werden zum Marktwert (Börsenkurs) bilanziert.

4.3 Änderungen von Grundsätzen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung

Im Berichtsjahr wurden keine Änderungen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung vorgenommen.

5. Versicherungstechnische Risiken/Risikodeckung/Deckungsgrad

5.1 Art der Risikodeckung

Die Kasse trägt ihre Risiken selbst (autonome Vorsorgeeinrichtung); eine Rückdeckung ist nicht vorhanden.

5.2 Zusammensetzung der Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen

Vorsorgekapital

Die in der Bilanz ausgewiesene Position «Total Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen» über CHF 10 076 378 562 verteilt sich wie folgt (LP = Leistungsprimat; KP/BP = Kombi-/Beitragsprimat):

Vorsorgekapital Staat (in CHF)	**31.12.2011**	**31.12.2010**
Vorsorgekapital Aktive Versicherte LP	2 788 112 303	2 730 015 648
Vorsorgekapital Aktive Versicherte KP/BP	12 272 824	13 462 611
Deckungskapital Rentenbeziehende	4 359 546 970	4 342 633 872
Separate Sparkapitalien Aktive Versicherte	237 653 032	242 497 758
Technische Rückstellungen	392 817 389	355 633 727
Teuerungsfonds	26 779 065	25 854 788
Total	**7 817 181 583**	**7 710 098 404**

Vorsorgekapital Institutionen (in CHF)	**31.12.2011**	**31.12.2010**
Vorsorgekapital Aktive Versicherte LP	998 154 573	1 030 643 528
Vorsorgekapital Aktive Versicherte KP/BP	1 112 196	752 203
Deckungskapital Rentenbeziehende	1 004 511 927	968 274 511
Separate Sparkapitalien Aktive Versicherte	88 709 363	96 885 931
Technische Rückstellungen	110 336 006	100 612 945
Teuerungsfonds	516 941	259 077
Total	**2 203 341 006**	**2 197 428 195**

Vorsorgekapital Freiwillig Versicherte (in CHF)	**31.12.2011**	**31.12.2010**
Vorsorgekapital Aktive Versicherte LP	2 029 490	2 436 426
Deckungskapital Rentenbeziehende	50 913 346	53 310 253
Separate Sparkapitalien Aktive Versicherte	1 280	1 255
Technische Rückstellungen	2 911 857	2 787 334
Total	**55 855 973**	**58 535 268**

5.3 Entwicklung des Vorsorgekapitals für aktive Versicherte

Leistungsprimat

Vorsorgekapital LP (in Mio. CHF)	**2011**	**2010**
Stand des Vorsorgekapitals am 1.1.	3 763,1	3 701,6
Anpassung an Neuberechnung	25,2	61,5
Stand des Vorsorgekapitals am 31.12.	3 788,3	3 763,1

Separates Sparkapital (in Mio. CHF)	**2011**	**2010**
Stand des Sparkapitals am 1.1.	339,4	334,3
Veränderung	-19,6	-1,3
Verzinsung (2,0%/2,0%)	6,5	6,4
Stand des Sparkapitals am 31.12.	326,3	339,4

Kombi-/Beitragsprimat

Vorsorgekapital KP/BP (in Mio. CHF)	**2011**	**2010**
Stand des Vorsorgekapitals am 1.1.	14,2	14,5
Veränderung	–1,0	–0,5
Verzinsung (2,0%/2,0%)	0,2	0,2
Stand des Vorsorgekapitals am 31.12.	13,4	14,2

Das Vorsorgekapital aktive Versicherte (Beitrags- und Leistungsprimat) setzt sich per 31. Dezember wie folgt zusammen:

(in Mio. CHF)	**2011**	**2010**
Vorsorgekapital LP	3 788,3	3 763,1
Separates Sparkapital	326,3	339,4
Vorsorgekapital KP/BP	13,4	14,2
Total Vorsorgekapital aktive Versicherte	**4 128,0**	**4 116,7**

5.4 Summe der Altersguthaben nach BVG

(in Mio. CHF)	31.12.2011	31.12.2010
Altersguthaben nach BVG (Schattenrechnung)	1 514,3	1 483,7

5.5 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Rentenbeziehende

(in Mio. CHF)	2011	2010
Stand des Vorsorgekapitals am 1.1.	5 364,2	5 338,6
Bildung Vorsorgekapital Rentenbeziehende	50,8	25,6
Stand des Vorsorgekapitals am 31.12.	5 415,0	5 364,2

Die im Rahmen des BVG-Obligatoriums vorgeschriebene Teuerungsanpassung der laufenden Hinterlassenen- und Invalidenrenten wurde per 1. Januar 2011 vollzogen. Bei den überobligatorischen Leistungen erfolgten ausser bei einer angeschlossenen Institution keine Anpassungen an die Teuerung. Bei dieser Institution wurde die Erhöhung durch vorhandene freie Mittel (Belastung des Kapitalkontos) finanziert.

Infolge Erhöhung der AHV-Renten um 1,75% erfuhren die Überbrückungsrenten, deren Höhe in Prozent der AHV-Renten definiert ist, eine entsprechende Erhöhung.

5.6 Entwicklung der technischen Rückstellungen

(in Mio. CHF)	2011	2010
Stand der Rückstellungen am 1.1.	458,9	409,3
Bildung technische Rückstellungen Staat	37,4	30,6
Bildung technische Rückstellungen Institutionen	9,8	19,0
Stand der Rückstellungen am 31.12. (vor Teuerungsfonds Staat)	506,1	458,9
Teuerungsfonds Staat (Details siehe unten)	26,8	25,9
Teuerungsfonds Institutionen (Details siehe unten)	0,5	0,3
Stand der Rückstellungen am 31.12.	533,4	485,1

Teuerungsfonds Staat (in Mio. CHF)	2011	2010
Stand am 1.1.	25,9	2,3
Einlage Staat	0,9	22,6
Verzinsung (0,0%/4,0%)	0,0	1,0
Verwendung für Teuerungsausgleich auf laufenden Renten	0,0	0,0
Stand am 31.12.	26,8	25,9

Teuerungsfonds Institutionen (in Mio. CHF)	2011	2010
Stand am 1.1.	0,3	0,0
Einlagen Institutionen	0,2	0,3
Verzinsung (0,0%/4,0%)	0,0	0,0
Verwendung für Teuerungsausgleich auf laufenden Renten	0,0	0,0
Stand am 31.12.	0,5	0,3

5.7 Ergebnis des letzten versicherungstechnischen Gutachtens

Mit Datum vom 12. Juli 2011 erstellte der Experte für berufliche Vorsorge ein versicherungstechnisches Gutachten per 31. Dezember 2010. Per Ende 2010 lag der Deckungsgrad der Gesamtkasse bei 99,3% (ohne Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht) bzw. bei 99,5% (mit Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht), der technische Fehlbetrag beträgt CHF 67 Mio. (Vorjahr CHF 896 Mio.).

Für die vorliegende Jahresrechnung wurden die Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen neu berechnet. Die entsprechenden Werte wurden vom Experten für berufliche Vorsorge (Swisscanto Vorsorge AG) bestätigt.

5.8 Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen

Seit dem 1. Januar 2005 werden für die Ermittlung der Barwerte die technischen Grundlagen der Eidgenössischen Versicherungskasse (EVK 2000) mit einem technischen Zins von 4% verwendet. Seit der Einführung des Tarifs EVK 2000 entsprechen sich die Eintritts- und Austrittstarife. Die Tabellen wurden zudem geschlechtsneutral ausgestaltet, sodass für weibliche und männliche Versicherte die gleichen Werte gelten. Für die aktiven Versicherten wird entweder der Barwert der erworbenen Leistungen (Leistungsprimat) oder das Sparkapital (Beitragsprimat) zurückgestellt.

Zur Finanzierung des Wechsels der Rechnungsgrundlagen – geplant per 1. Januar 2013 – werden entsprechende versicherungstechnische Rückstellungen gebildet. Diese betragen jährlich 0,5% der Vorsorgeverpflichtungen, gerechnet ab Vorliegen des Tarifs EVK 2000. Somit betragen diese Rückstellungen per Ende 2011 insgesamt 5,5% der Vorsorgeverpflichtungen.

5.9 Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen

Im Berichtsjahr wurde keine Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen vorgenommen. Eine Umstellung der Rechnungsgrundlagen von EVK 2000 auf VZ 2010 per 1. Januar 2013 wurde vom Verwaltungsrat beschlossen.

5.10 Deckungsgrad nach Art. 44 BVV 2

Gesamtkasse

Der Deckungsgrad der Gesamtkasse wird ermittelt, indem vom Vermögen die Verbindlichkeiten, die passiven Rechnungsabgrenzungen sowie die Arbeitgeberbeitragsreserven (ohne Verwendungsverzicht) in Abzug gebracht werden (=Nettoaktiven) und dieser Betrag durch das Vorsorgekapital (inkl. technische Rückstellungen) dividiert wird. Per 31. Dezember 2011 ergibt sich ein Deckungsgrad von 96,0% (mit Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht) bzw. von 95,8% (ohne Anrechnung). Die gesamte Deckungslücke beträgt CHF 405 Mio. (mit Berücksichtigung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht).

Bereich Staat

Der Deckungsgrad Staat wird ermittelt, indem von den Nettoaktiven die vorhandenen Mittel der Institutionen in Abzug gebracht und dieser Betrag durch die Vorsorgeverpflichtungen des Bereichs Staat dividiert wird. Per 31. Dezember 2011 ergibt sich ein Deckungsgrad von 96,8%. Die Wertschwankungsreserve vom Vorjahr in der Höhe von CHF 50 Mio. wurde somit aufgelöst.

Bereich Institutionen

Der durchschnittliche Deckungsgrad aller Institutionen sank von 95,7% (Vorjahr) auf neu 93,1% unter Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht. Massgebend für diese Abnahme ist das Ergebnis der Vermögensanlage mit einer Performance von –0,2%, das Ergebnis der versicherungstechnischen Finanzierung und dasjenige der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung je Vorsorgewerk, welches im Rechnungsjahr

insgesamt negativ ausfällt, da die Ausgaben die Einnahmen übersteigen.

Von den insgesamt 63 Vorsorgewerken der angeschlossenen Institutionen weisen 46 (Vorjahr 34) eine Unter- und 17 (Vorjahr 29) eine Überdeckung aus.

Der Saldo der Kapitalkonten der Vorsorgewerke mit Überdeckung liegt neu bei CHF 4,3 Mio. (Vorjahr 13,2 Mio.); davon Wertschwankungsreserven CHF 3,6 Mio. und freie Mittel CHF 0,7 Mio.

Der Saldo der Kapitalkonten der Vorsorgewerke mit einem Deckungsgrad von unter 100% (unter Einrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht) beträgt für die betreffenden 46 Vorsorgewerke CHF –156,9 Mio. (Vorjahr CHF 117,0 Mio.). Zwecks Reduktion der bestehenden Unterdeckung besteht in acht Vorsorgewerken eine Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht in Höhe von insgesamt CHF 19,0 Mio.

Nachfolgend sind die Institutionen tabellarisch nach ihren jeweiligen Deckungsgraden aufgeführt:

Deckungsgrad	**Anzahl Institutionen**		**Anzahl Versicherte**		**Vorsorgekapital** (in Mio. CHF)	
	2011	**2010**	**2011**	**2010**	**2011**	**2010**
> =100,0%	17	29	275	2 806	68,8	736,2
95,0 – 99,9%	20	11	3 010	1 048	866,8	352,0
90,0 – 94,9%	11	10	1 014	2 434	342,4	948,8
< 90,0%	15	13	2 396	407	925,6	160,5
Total	**63**	**63**	**6 695**	**6 695**	**2 203,6**	**2 197,5**

Deckungsgrad (in Mio. CHF)	**Unter- / Überdeckung***		**Wertschwankungsreserven**		**Freie Mittel**	
	2011	**2010**	**2011**	**2010**	**2011**	**2010**
> =100,0%	4,3	7,2	3,6	12,0	0,7	1,2
95,0 – 99,9%	–17,6	–10,7				
90,0 – 94,9%	–22,6	–80,4				
< 90,0%	–116,7	–25,9				
Total	**–152,6**	**–109,8**	**3,6**	**12,0**	**0,7**	**1,2**

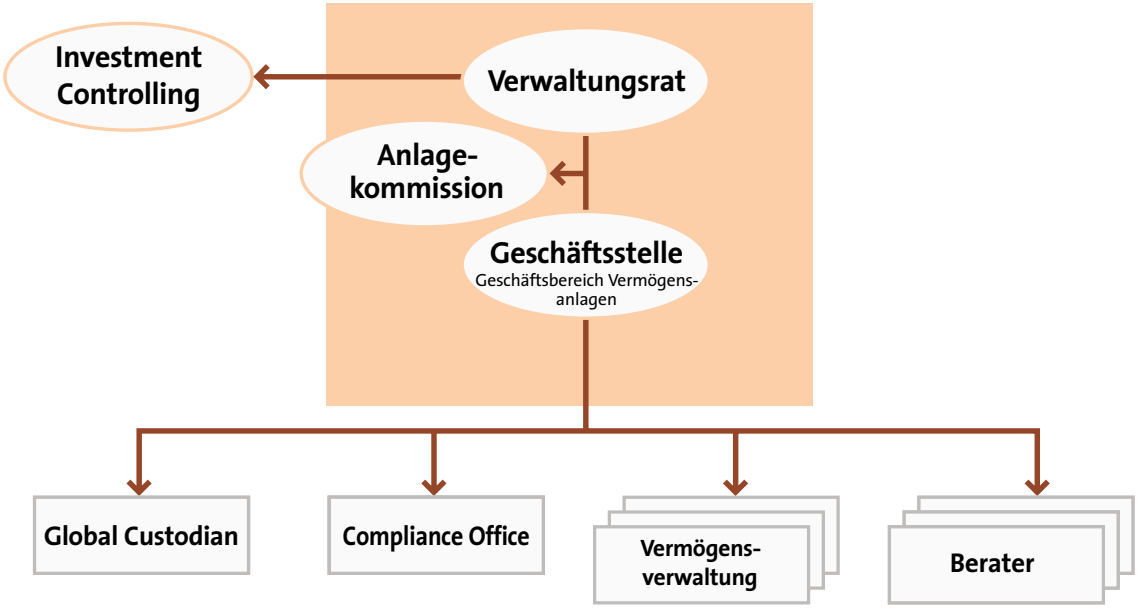
* unter Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht

6. Erläuterungen der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

6.1 Organisation der Anlagetätigkeit, Anlagereglement

Der **Verwaltungsrat** ist das oberste Entscheidungs- und Aufsichtsorgan der PKBS. Er behandelt die langfristigen Finanzierungsfragen und ist für die Anlageorganisation und deren Kompetenzregelung verantwortlich. Ein stufengerechtes Management-Informationssystem, damit die verantwortlichen Instanzen über aussagekräftige, führungsrelevante und zeitgerechte Informationen verfügen, ist vorhanden. Die PKBS hat die Organisation, Aufgaben und Kompetenzen in einem Anlagereglement festgehalten. Dieses wurde am 22. September 2003 erlassen und ist seit 1. Januar 2004 in Kraft, die letzten Änderungen datieren vom 23. November 2011.

Die folgende Graphik zeigt die Anlageorganisation:



In Bezug auf die Anlagetätigkeit sind im Anlagereglement der PKBS u.a. folgende Grundsätze enthalten:

- Bei der Bewirtschaftung des Anlagevermögens sind die Interessen der Versicherten und damit die Erfüllung des Vorsorgezweckes der PKBS massgebend.
- Das Anlagevermögen ist so zu bewirtschaften, dass (i) die Leistungen jederzeit termingerecht ausbezahlt werden können, (ii) die anlagebedingte Risikofähigkeit eingehalten wird, damit die nominelle Sicherheit der versprochenen Leistungen gewährleistet ist und (iii) die Gesamtrendite im Rahmen der Risikofähigkeit optimiert wird, damit ein grösstmöglicher Beitrag zur Realwerterhaltung der versprochenen Rentenleistungen erzielt werden kann.
- Die Risikofähigkeit der PKBS bemisst sich insbesondere an der finanziellen Lage, Struktur und Beständigkeit der Arbeitgeber und des Destinatärbestandes.
- Die Vermögensanlagen erfolgen schwergewichtig und nach Möglichkeit in liquiden, gut handelbaren und qualitativ hochstehenden Anlagen.
- Die Vermögensanlagen werden auf verschiedene Anlagekategorien, wie Märkte, Währungen, Branchen und Sektoren, verteilt.
- Die Vermögensanlagen werden so angelegt, dass damit ein dem Geld-, Kapital- und Immobilienmarkt entsprechender Ertrag angestrebt wird.

Der Verwaltungsrat legt die Ziele und Grundsätze der Vermögensanlage im Anlagereglement fest und genehmigt die langfristige Anlagestrategie.

Die **Anlagekommission** ist vom Verwaltungsrat für die Steuerung, Koordination und Überwachung der Vermögensanlagen eingesetzt. Sie setzt die Anlagestrategie um und legt die Gewichtung innerhalb der taktischen Bandbreiten fest. Sie entscheidet über die Vergabe von Mandaten und auch über die Auswahl von Anlagestiftungen und Fonds.

Die Anlagekommission setzte sich im Jahr 2011 aus den folgenden Mitgliedern zusammen:

- **Urs Ernst, Dr., Präsident**
  Urs Ernst ist Mitglied und Präsident der Anlagekommission seit 2004. Die Ernst Wirtschaftsberatung wurde 2004 von Urs Ernst gegründet und ist ein Beratungsunternehmen für Institutionelle Anleger in Fragen der Kapitalanlage. Vor der Firmengründung war Urs Ernst als Analyst, Head of Research, Head of Brokerage und Chief Financial Officer für eine renommierte Schweizer Privatbank tätig. Neben weiteren Mandaten in der Finanzindustrie präsidiert er die Anlagekommission der Transparenta Sammelstiftung für berufliche Vorsoge mit Sitz in Aesch BL.
- **Yvan Lengwiler, Prof. Dr., Vizepräsident**
  Yvan Lengwiler ist seit 2004 Mitglied und seit 2006 Vizepräsident der Anlagekommission. Seit 2005 ist er Professor für Nationalökonomie an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel. Er befasst sich mit Fragen der Geldpolitik, mit dem Zusammenhang zwischen Finanzmarktpreisen und mikroökonomischen Fundamentaldaten sowie mit dem Design von Mechanismen, insbesondere von Auktionen. Yvan Lengwiler ist auch Economic Adviser bei der Schweizerischen Nationalbank. Vor seiner Lehrtätigkeit an der Universität Basel war er Lehrbeauftragter der Universität Zürich und der Hochschule St. Gallen. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule St. Gallen sowie an der Princeton University und dem Studienzentrum Gerzensee. Er ist Verfasser mehrerer Bücher sowie zahlreicher Beiträge über die Wirtschaftstheorie. Zudem ist er als Redaktor für namhafte Finanzfachzeitschriften wie Journal of Institutional and Theoretical Economics und European Economic Review tätig. Im vergangenen Jahr wurde er in den Verwaltungsrat der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA gewählt.
- **Thomas Hagen**
  Thomas Hagen ist seit 2004 Mitglied der Anlagekommission. Er startete seine berufliche Karriere in

der Anlageberatung. Von 1988 bis 2009 war Thomas Hagen innerhalb des Asset-Managements der Bâloise Gruppe als Portfoliomanager für verschiedene Anlagekategorien zuständig. Seit 2010 ist er im Bereich Anlagestrategie & Investment Controlling tätig und unter anderem für die Umsetzung der taktischen Asset-Allocation der Pensionskasse der Basler Versicherung AG verantwortlich. Ab 2012 hat er neu die Leitung der Kapitalanlagen bei der Aargauischen Pensionskasse übernommen.

– **Hans Naef, Dr.**
  Hans Naef ist seit 2004 Mitglied der Anlagekommission. Das Unternehmen GSP, Gesellschaft für Standortanalysen und Planungen AG wurde 1969 durch Dr. oec. publ. Hans Naef gegründet. Die Gesellschaft ist auf die Durchführung von Analysen und Erbringung von Planungsleistungen für komplexe Immobilienanlagen spezialisiert. Hans Naef ist Präsident der Fondation Sana, welche die Aktienmehrheit des Helsana Versicherungskonzerns besitzt. Zudem ist er Mitglied des Verwaltungsrates der Otis (Schweiz) SA sowie von mehreren Immobilienfirmen.
– **Felix Spiegel**
  Felix Spiegel ist seit Ende Mai 2010 Mitglied der Anlagekommission. Die Spiegel Wagner Partner AG wurde von Felix Spiegel im Jahre 1999 gegründet. Er ist als unabhängiger Immobilienspezialist auf umfassende und komplexe Grundstück- und Immobilien-Entwicklungsprojekte spezialisiert. Vor seiner selbstständigen Tätigkeit war er für verschiedene namhafte Industrie- und Immobilien-Gesellschaften im In- und Ausland tätig.
– **Michael Theurillat, Dr.**
  Michael Theurillat ist seit 2006 Mitglied der Anlagekommission. Nach 15 Jahren im Bankgeschäft hat er sich 2002 selbständig gemacht. Seither ist er als unabhängiger Berater auf dem Gebiet der Finanzwissenschaften und als freier Autor tätig. Seine Expertise auf dem Gebiet der Finanzmärkte wird von Banken, Family Offices und privaten Stiftungen sowie von Pensionskassen in Anspruch genommen. Zu seiner zweiten grossen Leidenschaft gehört die Literatur. Bekannt sind seine Romane um den Zürcher Kommissar Eschenbach (erschienen im Ullstein Verlag, Berlin). Michael Theurillat studierte Wirtschaftswissenschaften, Kunstgeschichte und Geschichte und erwarb seine Promotion auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft.

Die **Geschäftsstelle** ist die operative Einheit im Bereich Vermögensanlagen der PKBS. Sie administriert den gesamten Anlageprozess, koordiniert zwischen allen Beteiligten, bereitet die Beschlüsse von Verwaltungsrat und Anlagekommission vor und setzt sie operativ um. Sie wickelt das Tagesgeschäft ab und führt die Eigenverwaltung der PKBS aus.

Die **Vermögensverwalter** sind für die Auswahl der Anlagen auf der Ebene der Einzelinvestments zuständig (Titelwahl und Timing). Sie sind verantwortlich für die konkrete Bewirtschaftung einzelner Anlagesegmente. Die Vermögensverwaltung können sowohl externe Stellen (Fremdverwaltung) wie Banken, Versicherungen, sonstige Vermögensverwalter als auch die Geschäftsstelle (Eigenverwaltung) wahrnehmen. Die Fremdverwaltung erfolgt im Rahmen von vertraglich festgelegten Vermögensverwaltungsmandaten oder in Form von Anlagestiftungen und Fonds.

Die Anlagetätigkeiten wurden im Berichtsjahr durch die folgenden Vermögensverwalter ausgeführt:

Anlagekategorie	Vermögensverwalter
Liquidität	Finanzverwaltung Basel-Stadt, Basel
Obligationen	Finanzverwaltung Basel-Stadt, Basel
	Credit Suisse, Zürich
Hypotheken	Eigenverwaltung PKBS
Aktien Inland	BioMedPartners AG, Basel
	Credit Suisse, Zürich
	St. Galler Kantonalbank, St. Gallen

Aktien Ausland	UBS AG, Zürich/London Swisscanto Asset Management, Zürich Vanguard Group Inc., Zürich/Valley Forge Wegelin & Co. Privatbankiers, St. Gallen
Immobilien Inland	Immobilien Basel-Stadt, Basel Diverse Schweizer Immobilien Anlagestiftungen Swiss & Global Asset Management AG, Zürich
Immobilien Ausland	AFIAA Anlagestiftung für Immobilienanlagen im Ausland, Zürich Credit Suisse, Zürich
Rohstoffe	Goldman Sachs International, Zürich/London UBS AG, Zürich

Im Laufe des Jahres 2011 wurden zwei neue passive Mandate im Bereich Aktien Schwellenländer und in physischen Goldanlagen mit der UBS AG aufgesetzt. Zudem wurde im Dezember 2011 ein neues aktives Mandat im Bereich Aktien Schweiz mit der St. Galler Kantonalbank eingeführt. Das aktive Aktienmandat Welt bei der Wegelin & Co. Privatbanqiers wurde im Dezember 2011 aufgelöst.

Der **Global Custodian** steuert die zentralisierte Administration wie Transaktionsabwicklung, Verwahrung (Depotstelle) und Verwaltungshandlung der Wertschriftenanlagen und stellt für die PKBS das zentrale Investment Reporting zusammen. Dieses beinhaltet neben den Wertschriften alle übrigen Anlagen wie beispielsweise OTC-Positionen, Immobilien-Direktanlagen und Hypotheken der PKBS. Das Investment Reporting ist ein zentrales Führungs- und Überwachungsinstrument. Das umfassende Mandat erfolgt durch die UBS AG, Zürich.

Die UBS AG, Zürich, führt ebenfalls das **Compliance Office** aus. Hierbei wird laufend auf täglicher Basis die Einhaltung sämtlicher Anlagerichtlinien, Bandbreiten und Limiten sowie die Portfoliostruktur der Wertschriftenanlagen überprüft. Bei der Feststellung von Verletzungen ist ein Eskalationsprozess definiert.

Die PPCmetrics AG, Zürich, führt das **Investment Controlling** Mandat aus. Sie ist eine unabhängige Controlling-Instanz der PKBS. Sie stellt quartalsweise relevante Informationen für die Überwachung und Steuerung des Anlageprozesses zuhanden des Verwaltungsrates bereit.

Mit Ethos Services, Genf, wird eine Zusammenarbeit im Bereich **Corporate Governance** geführt. Dies betrifft die Analyse von Generalversammlungen von Schweizer Unternehmen sowie die Mitgliedschaft im Ethos Engagement Pool. Die Aktionärsrechte werden aus praktischen Gründen nur bei inländischen Gesellschaften ausgeübt.

Im Jahr 2011 wurden im Bereich Vermögensverwaltung verschiedene Beratungsmandate und Gutachten an die nachfolgend aufgeführten externen Institutionen vergeben:

Bernet & Partner, Zug
Deck AG, Basel
Dominik Lingg AG, Basel
Ethos Services, Genf
Illmer Investment Performance Consulting AG, Schaffhausen
Independent Credit View AG, Zürich
Meier & Partner, Therwil
Mercer (Switzerland) SA, Zürich
Ortec Finance (Switzerland) AG, Pfäffikon
PPCmetrics AG, Zürich
UBS AG, Zürich
Vischer AG, Basel
Wealthcare GmbH, Binningen
Zürcher Kantonalbank, Zürich

Die nachstehende Aufstellung zeigt den Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen:

Bezeichnung (in Mio. CHF)	**2011**	**2010**
Vermögensverwaltungsmandate	6,19	6,04
Honorare Anlagekommission, Investment Controller, Global Custodian und Compliance Office	1,19	1,11
Diverse externe Dienstleistungen (z.B. Beratung, Gutachten, IT)	0,26	0,25
Interner Personal- und Sachaufwand	1,70	1,70
Total Verwaltungskosten der Vermögensanlagen	**9,34**	**9,10**

Für das Jahr 2011 betrug das Verhältnis der Vermögensverwaltungskosten im Vergleich zur Bilanzsumme per Ende Jahr 0,10%. Nicht darin enthalten sind Vermögensverwaltungskosten von Kollektivanlagen, welche direkt im jeweiligen Gefäss als Ertragsminderung verbucht werden. Diese Kollektivanlagen betrugen rund 15% der Gesamtanlagen (Schätzung). Werden die Verwaltungskosten der Kollektivanlagen separat ausgewiesen, würden die gesamten Verwaltungskosten der Vermögensanlagen auf schätzungsweise 0,15% steigen. Im Gegenzug würde die Jahresperformance der PKBS geringfügig steigen.

6.2 Inanspruchnahme Erweiterungen mit Ergebnis des Berichts (Art. 50 Abs. 4 BVV 2)

Die Erweiterung der Anlagemöglichkeiten wurde im Berichtsjahr nicht in Anspruch genommen.

6.3 Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve

Die Parameter zur Berechnung der Wertschwankungsreserve (WSR) sind im «Reglement betreffend Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Schwankungsreserven» vom 24. August 2006 festgehalten. Demnach wird die WSR nach einer finanzökonomischen Methode (Value at Risk) berechnet. Basis bilden die Zielwerte der aktuellen Anlagestrategie und die Sollrendite von 4,6% (4% technischer Zins; 0,5% technische Rückstellungen; 0,1% Verwaltungskosten). Absicherungsbasis ist das Total der Vorsorgekapitalien inkl. technische Rückstellungen. Das Sicherheitsniveau beträgt 97,5% bei einem Zeitraum von einem Jahr. Die so errechnete Wertschwankungsreserve beträgt 17% der Vorsorgeverpflichtungen oder CHF 1 708 Mio. (Gesamtkasse). Es handelt sich dabei um einen Zielwert. Im Bereich Staat besteht zur Zeit keine Wertschwankungsreserve. Bei einzelnen angeschlossenen Institutionen mit einem Deckungsgrad von über 100% ist der Betrag zwischen 100% und 117% als Wertschwankungsreserve separat in der Bilanz ausgewiesen. Freie Mittel bestehen erst, wenn der Wert von 117% überschritten ist.

6.4 Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien

Die nachstehende Aufstellung zeigt die verschiedenen Anlagekategorien per 31. Dezember 2011 zu Marktwerten:

Anlagekategorie (in Mio. CHF)	**31.12.2011**	**31.12.2010**
Liquidität*	943	1 393
Obligationen	3 602	3 037
Aktien Inland	1 023	1 216
Aktien Ausland	1 465	1 707
Hypotheken	642	658
Immobilien Inland	1 586	1 511
Immobilien Ausland	214	196
Rohstoffe	158	122
Total	**9 633**	**9 840**
Sonstige Aktivposten in Bilanz	102	125
Total Bilanzsumme	**9 735**	**9 965**

* Liquidität enthält auch Marchzinsen, kurzfristige Forderungen und aktive Rechnungsabgrenzungen.

Die folgende Tabelle zeigt die Struktur nach Anlagekategorie inklusive zugehöriger Liquidität per Ende des Geschäftsjahres 2011 im Vergleich zur Anlagestrategie (jeweils in Prozenten des Gesamtvermögens) sowie die taktische Abweichung:

Anlagekategorie	**31.12.2011**	**Strategie**	**Taktische Abweichung**	**Bandbreite**	**31.12.2010**
Liquidität	10,7%	7,5%	+3,2%	2,5 – 30,0%	15,2%
Obligationen	37,0%	35,0%	+2,0%	25,0 – 42,5%	30,5%
Hypotheken	6,6%	7,5%	–0,9%	2,5 – 12,5%	6,6%
Aktien Inland	10,5%	12,5%	–2,0%	5,0 – 15,0%	12,2%
Aktien Ausland	15,1%	17,5%	–2,4%	10,0 – 20,0%	17,1%
Immobilien Inland	16,3%	17,0%	–0,7%	12,0 – 22,0%	15,2%
Immobilien Ausland	2,2%	3,0%	–0,8%	0,0 – 6,0%	2,0%
Rohstoffe	1,6%	0,0%	+1,6%	0,0 – 5,0%	1,2%
Total	**100,0%**	**100,0%**	**0,0%**		**100,0%**

Einhaltung der Anlagevorschriften

Die Anlagevorschriften gemäss Art. 50 bis 58 BVV 2 wurden während des Berichtsjahres stets eingehalten.

6.5 Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente

Die nachfolgende Aufstellung gibt einen Überblick über die laufenden derivativen Geschäfte zu Anrechnungswerten per 31. Dezember 2011 (gemäss Art. 56a Absatz 7 BVV 2):

(in Mio. CHF)	Marktwert	Ökonomisches Exposure	BVV 2 Exposure
Devisentermingeschäfte Obligationen	–12,94	–12,94	0,00
Derivatpositionen Aktien Inland	0,00	2,49	2,47
Devisentermingeschäfte Aktien Ausland	0,00	0,00	0,00
Derivatpositionen Aktien Ausland	0,00	31,84	30,49
Total	**–12,94**	**21,39**	**32,96**

Die Devisentermingeschäfte mit Kontraktvolumen in Höhe von CHF 471,03 Mio. wurden mit der UBS AG, Zürich, abgeschlossen. Es handelt sich dabei um Währungsabsicherungen in Schweizer Franken für Anlagen in Fremdwährungsobligationen. Bei den Derivatpositionen Aktien Inland und Ausland handelte es sich um Futures und Warrants und somit um börsengehandelte Positionen.

Für die das Engagement erhöhenden Derivateinsätze waren die Liquiditätsanforderungen während des Jahres stets erfüllt. Die das Engagement reduzierenden Positionen waren unterjährig vollumfänglich gedeckt.

6.6 Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter Securities Lending

Im Berichtsjahr wurde kein Securities Lending Programm ausgeführt.

6.7 Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

Nettoertrag Flüssige Mittel und Geldmarktanlagen (in CHF)	2011	2010
Zinsertrag Bank- und Postguthaben	24 971	26 145
Zinsertrag Geldmarktforderungen	2 724 746	2 116 562
Veränderung Marchzinsen	–112 423	–179 080
Total	**2 637 294**	**1 963 627**

Nettoertrag aus Forderungen und Darlehen (in CHF)	2011	2010
Zinsen von Versicherten für Einkäufe	2 211 305	2 226 721
Zinsen für Austrittsentschädigungen	–407 792	–249 871
Total	**1 803 513**	**1 976 850**

Nettoertrag aus Forderungen gegenüber Arbeitgebern (in CHF)	**2011**	**2010**
Zinsertrag auf Kontokorrent Staat	30 483	41 998
Zinsen von angeschlossenen Institutionen für Einkaufssummen	8 162	2 251
Total	**38 645**	**44 249**

Das Kontokorrent Staat wurde mit 0,094% (Vorjahr 0,125%) verzinst.

Nettoertrag Obligationen (in CHF)	**2011**	**2010**
Zinsertrag	76 229 037	71 651 490
Realisierte und nicht realisierte Kurserfolge	106 639 567	35 516 421
Total	**182 868 604**	**107 167 911**

Nettoertrag Aktien und ähnliche Wertpapiere (in CHF)	**2011**	**2010**
Dividendenertrag	59 393 117	61 494 896
Erfolg aus Derivaten	–15 703 782	79 993 450
Realisierte und nicht realisierte Kurserfolge	–308 966 016	–14 749 594
Total	**–265 276 681**	**126 738 752**

Nettoertrag Hypotheken (in CHF)	**2011**	**2010**
Hypothekarzinsen und -kommissionen	15 962 300	17 123 723
Auflösung von Wertberichtigungen	0	291 000
Total	**15 962 300**	**17 414 723**

Nettoertrag Immobilien (in CHF)	**2011**	**2010**
Immobilien Direktanlagen Inland:		
Liegenschaftsertrag brutto	68 189 578	66 815 008
Liegenschaftsaufwand	–22 938 698	–18 249 355
Marktwertanpassungen	12 141 899	16 146 729
Total Immobilien Direktanlagen Inland	**57 392 779**	**64 712 382**
Immobilien indirekte Anlagen:		
Dividenden indirekte Anlagen Inland	4 033 800	4 520 770
Marktwertanpassungen indirekte Anlagen Inland	18 752 680	13 071 443
Dividenden indirekte Anlagen Ausland	2 359 342	2 130 310
Marktwertanpassungen indirekte Anlagen Ausland	–8 199 612	509 467
Abgaben und Kommissionen	–46 352	–98 835
Total Immobilien indirekte Anlagen	**16 899 858**	**20 133 155**
Total Immobilien insgesamt	**74 292 637**	**84 845 537**

Nettoertrag Rohstoffe (in CHF)	**2011**	**2010**
Realisierte und nicht realisierte Kurserfolge	–23 859 271	21 511 691
Total	**–23 859 271**	**21 511 691**

Zinsaufwand auf Arbeitgeber-Beitragsreserven (in CHF)	**2011**	**2010**
Zinsen auf Arbeitgeber-Beitragsreserven Staat	0	–69 655
Zinsen auf Arbeitgeber-Beitragsreserven Institutionen	–434	–205 934
Total	**–434**	**–275 589**

Kosten der Vermögensverwaltung (in CHF)	**2011**	**2010**
Kosten Verwaltungsmandate	–6 186 463	–6 043 661
Depotgebühren, Kommissionen, Sachkosten etc.	–3 149 140	–3 046 666
Total	**–9 335 603**	**–9 090 327**

6.8 Erläuterung der Anlagen bei Arbeitgebern und der Arbeitgeber-Beitragsreserven

Anlagen bei Arbeitgebern (in CHF)	**31.12.2011**	**31.12.2010**
Forderungen gegenüber Staat	6 236 768	3 897 259
Forderungen gegenüber Institutionen	4 222 684	5 125 917
Total	**10 459 452**	**9 023 176**

Die Forderungen gegenüber dem Staat bestehen aus dem Saldo des Kontokorrents der PKBS bei der Finanzverwaltung Basel-Stadt. Die Forderungen gegenüber den Institutionen beinhalten im Wesentlichen die per 31. Dezember 2011 offenen Prämien-Beiträge des Monats Dezember sowie die aufgrund der Institutionsabrechnungen in Rechnung gestellten Kosten für 2011.

Arbeitgeber-Beitragsreserven (in CHF)	**31.12.2011**	**31.12.2010**
Arbeitgeber-Beitragsreserven ohne Verwendungsverzicht:		
– Staat	2 206 150	2 044 845
– angeschlossene Institutionen	9 543 921	9 098 084
Total	**11 750 071**	**11 142 929**
Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verwendungsverzicht:		
– angeschlossene Institutionen	18 988 820	20 273 821
Total Arbeitgeber-Beitragsreserven	**30 738 891**	**31 416 750**

Die Arbeitgeber-Beitragsreserven ohne Verwendungsverzicht werden zum Satz der im betreffenden Jahr auf dem PK-Vermögen erzielten Performance verzinst, jedoch nicht weniger als 0% und nicht höher als 4%. Dadurch wurden die Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht für das Jahr 2011 mit 0% (Vorjahr 4%) verzinst.
Die Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verwendungsverzicht werden gemäss BVG nicht verzinst.

7. Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung

Immobilien (in CHF)	**31.12.2011**	**31.12.2010**
Immobilien Direktanlagen Inland		
– Wohnimmobilien	868 690 000	828 910 000
– Geschäftsimmobilien	241 110 000	233 760 000
– Entwicklungsprojekte	8 146 722	21 234 060
Total Immobilien Direktanlagen Inland	**1 117 946 722**	**1 083 904 060**
Total Immobilien indirekte Anlagen Inland	**444 690 887**	**422 417 256**
Total Immobilien indirekte Anlagen Ausland	**209 420 164**	**196 101 000**
Total Immobilien	**1 772 057 773**	**1 702 422 316**

Aktive Rechnungsabgrenzungen (in CHF)	**31.12.2011**	**31.12.2010**
Mietzinsen	7 561 423	10 551 892
Marchzinsen auf Obligationen und Geldmarktanlagen	39 468 231	35 707 363
Übrige transitorische Aktiven	44 533	458 114
Total	**47 074 187**	**46 717 369**

Passive Rechnungsabgrenzungen (in CHF)	**31.12.2011**	**31.12.2010**
Vorausbezahlte Mietzinsen	20 692 057	24 850 454
Übrige transitorische Passiven	2 449 739	3 144 992
Total	**23 141 796**	**27 995 446**

Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen

Unter dieser Position sind sowohl für den Staat, als auch für die angeschlossenen Institutionen die ordentlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge als auch die jeweiligen Einkäufe und Nachzahlungen der Arbeitgeber zusammengefasst. Die nachfolgende Tabelle informiert über die weiteren Einzelheiten:

Beiträge (in CHF)	**2011**	**2010**
Staat		
Arbeitnehmerbeiträge ordentliche	88 365 921	73 390 841
Arbeitgeberbeiträge ordentliche	161 048 728	171 194 342
Arbeitgeberbeiträge (Einlage in den Teuerungsfonds)	924 277	22 555 824
Nachzahlungen Arbeitnehmer	6 020 731	5 493 489
Nachzahlungen Arbeitgeber	729 294	347 247
Sanierungseinlage	0	777 521 204
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitnehmer	19 400 839	20 655 971
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitgeber	161 007	442 282
Total Beiträge Staat	**276 650 797**	**1 071 601 201**
Angeschlossene Institutionen		
Arbeitnehmerbeiträge ordentliche	26 638 636	24 683 127
Arbeitgeberbeiträge ordentliche	53 863 989	54 837 357
Arbeitgeberbeiträge (Einlagen in Teuerungsfonds)	257 865	0
Nachzahlungen Arbeitnehmer	1 904 365	1 654 297
Nachzahlungen Arbeitgeber	1 730 722	1 984 081
Sanierungsbeiträge Arbeitnehmer	1 042 260	713 132
Sanierungsbeiträge Arbeitgeber	1 071 736	733 887
Sanierungseinlagen	19 118 485	44 188 159
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitnehmer	7 725 828	8 594 939
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitgeber	398 851	154 826
Total Angeschlossene Institutionen	**113 752 737**	**137 543 805**
Freiwillig Versicherte	**59 247**	**103 246**
Übrige Beiträge		
Einlagen in die Arbeitgeber-Beitragsreserven	1 514 956	7 272 507
Total übrige Beiträge	**1 514 956**	**7 272 507**
Gesamttotal Beiträge	**391 970 806**	**1 216 476 760**

Diese Position enthält alle Freizügigkeitsleistungen sowie die Einzahlungen von WEF-Vorbezügen und Scheidungen:

Eintrittsleistungen (in CHF)	**2011**	**2010**
Freizügigkeitsleistungen:		
– Staat	79 053 398	63 872 616
– angeschlossene Institutionen	22 707 563	21 504 838
Total Freizügigkeitsleistungen	**101 760 961**	**85 377 454**
Einzahlungen WEF-Vorbezüge / Scheidungen:		
– Staat	2 466 489	1 889 249
– angeschlossene Institutionen	216 026	566 365
Total Einzahlungen WEF-Vorbezüge / Scheidungen	**2 682 515**	**2 455 614**
Total Eintrittsleistungen	**104 443 476**	**87 833 068**

In dieser Position sind die Verwaltungskosten ohne die Kosten der Vermögensverwaltung enthalten:

Allgemeiner Verwaltungsaufwand (in CHF)	**2011**	**2010**
Personalkosten	3 108 080	3 196 921
Übriger Aufwand	1 787 931	1 776 687
Total allgemeiner Verwaltungsaufwand	**4 896 011**	**4 973 608**

Die Verwaltungskosten des Bereiches Vermögensanlagen (Personal und übriger Aufwand) sind in der Position «Kosten der Vermögensverwaltung» im Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage enthalten.

8. Auflagen der Aufsichtsbehörde

Es liegen zur Zeit keine unerledigten Auflagen vor.

9. Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage

9.1 Unterdeckung/Erläuterung der getroffenen Massnahmen

Sowohl der Staat wie auch acht weitere angeschlossene Arbeitgeber haben ihre Vorsorgewerke mit dem Leisten einer entsprechenden Einmaleinlage per 31. Dezember 2010 saniert (indirekte Sanierung), weshalb diese mit mindestens 100% Deckung ins 2011 gestartet sind. Deshalb leisten die Aktivversicherten der jeweiligen Vorsorgewerke höhere ordentliche Beiträge und die Rentenbeziehenden verzichten auf ihren Anteil an Teuerungsanpassung.

Intensive Verhandlungen haben im Bereich Institutionen dazu geführt, dass per 1. Januar 2011 weitere zwölf angeschlossene Institutionen (direkte) Sanierungsmassnahmen bei insgesamt 17 Vorsorgewerken gestartet haben.

Per Bilanzstichtag, 31. Dezember 2011, waren die Verhandlungen über Sanierungsmassnahmen bei den nachfolgenden Institutionen noch nicht abgeschlossen:

- Universität Basel
- Wohngruppen Karpfenweg

Keine Sanierungsvereinbarung konnte bisher mit folgenden Institutionen gefunden werden:

- Basler Kunstverein
- Merian Iselin Spital
- Motorfahrzeugprüfstation beider Basel
- REHAB Basel AG
- Sehbehindertenhilfe Basel-Stadt und -Land
- Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)
- Zoologischer Garten Basel AG

9.2 Verwendungsverzicht des Arbeitgebers auf Arbeitgeber-Beitragsreserven

Für acht Vorsorgewerke bestehen Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verwendungsverzicht von insgesamt CHF 19,0 Mio. (Vorjahr CHF 20,3 Mio.).

Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verwendungsverzicht werden nicht verzinst und dienen der Reduktion der bestehenden Unterdeckung. Verbessert sich der Deckungsgrad des Vorsorgewerks im Laufe der Zeit so weit, dass auch ohne diesen Betrag eine 100%-Deckung erreicht ist, entfällt der Zusatz «mit Verwendungsverzicht», so dass dannzumal diese Beitragsreserve zur Begleichung von ordentlichen Arbeitgeberbeiträgen herangezogen werden kann.

9.3 Teilliquidationen

Die Teilliquidationsverfahren Theater Basel und FHNW (Fachhochschule Nordwestschweiz) sowie das Verfahren über die Totalliquidation des Gemeindespital Riehen in Liq. sind im Berichtsjahr abgeschlossen worden.

9.4 Laufende Rechtsverfahren

Es sind keine laufenden Rechtsverfahren im Gang, welche für die PKBS substantielle Risiken beinhalten.

9.5 Besondere Geschäftsvorfälle und Vermögens-Transaktionen

Im Anlagebereich Immobilien Ausland bestehen Investitionsverpflichtungen gegenüber der Schweizer Anlagestiftung für Immobilien im Ausland (AFIAA), Zürich, von CHF 58,2 Mio.

9.6 Gesamtüberprüfung

Schon im Geschäftsbericht 2010 wurde im Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrats darauf hingewiesen, dass der technische Zinssatz von vier Prozent im damals aktuellen Marktumfeld als zu hoch betrachtet werden muss und dessen Senkung ein Finanzierungskonzept erfordert.

Das Marktumfeld ist im 2011 leider nicht besser geworden. Die Zinsen im Vermögensanlagebereich sind immer noch sehr tief. Dazu kommt, dass nicht nur die Performance im 2011 mit –0,2% weit unter der Soll-Rendite von 4,6% (die Erreichung der Soll-Rendite in einem Jahr bewirkt, dass der Deckungsgrad der PKBS gleich wie im Vorjahr bleibt) liegt, sondern dass gemäss Vermögensanlageexperten auch mittel- und langfristig mit tieferen Performancezahlen gerechnet werden muss.

Dazu kommen noch die in die gleiche Richtung wirkenden versicherungstechnischen Aspekte: Der für den Einzelnen erfreuliche Umstand der steigenden Lebenserwartung zwingt die Pensionskassen, so auch die PKBS, die versicherungstechnischen Annahmen periodisch anzupassen. Die PKBS wird die versicherungstechnischen Rechnungsgrundlagen auf den 1. Januar 2013 unter Beibehaltung des technischen Zinssatzes von 4% auf VZ 2010 umstellen. Mit dieser Umstellung wird der positiven Entwicklung des Risikos Invalidität Rechnung getragen und ein erster Schritt getan, um die Folgen der steigenden Lebenserwartung abzubilden. Diese Umstellung führt zu einem höheren Kapitalbedarf, welcher mit den periodischen Beiträgen jedoch nicht abgedeckt ist. Die oben erwähnte zusätzlich nötige Senkung des technischen Zinssatzes führt ebenfalls zu steigendem Bedarf an Vorsorgekapitalien.

Im 2012 wird ein Gesamtkonzept erarbeitet, welches Lösungsvorschläge zu den erwähnten Punkten enthalten und Grundlage des darauf folgenden notwendigen Entscheidungsprozesses des Gesetzgebers und unter den Sozialpartnern bilden wird.

Bei unveränderter Entwicklung der Finanzmärkte führt ein Zuwarten mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer steigenden Deckungslücke.

10. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es sind keine Ereignisse nach dem Bilanzstichtag bekannt, die einen erheblichen Einfluss auf die Jahresrechnung haben würden.

11. Abkürzungen und Begriffe

Aktive Versicherte	Erwerbstätige Versicherte.
Altersguthaben BVG	Summe der jährlichen Altersgutschriften gemäss Bundesgesetz inkl. deren Verzinsung zum Mindestzinssatz.
Arbeitgeber	Unternehmen, mit denen die PKBS einen Anschlussvertrag abgeschlossen hat.
Arbeitnehmende	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die einen Arbeitsvertrag mit einem angeschlossenen Unternehmen haben.
Asset-Liability Studie	Ziel einer Asset-Liability Studie (asset = dt. Vermögensanlagen; liability = dt. versicherungstechnische Verbindlichkeiten/Vorsorgekapital) ist die Bestimmung einer Anlagestrategie, welche optimal auf die Risikofähigkeit der Pensionskasse abgestimmt ist und die Renditeziele der Pensionskasse berücksichtigt.
Austrittsleistung	Auszahlungsbetrag bei Austritt aus der PKBS, bevor ein Vorsorgefall (Alter, Tod, Invalidität) eingetroffen ist. Die Austrittsleistung entspricht dem Barwert der erworbenen Leistungen (bzw. dem vorhandenen Altersguthaben im BVG-Plan), mindestens jedoch der Mindestleistung gemäss Art. 17 des Freizügigkeitsgesetzes sowie mindestens dem BVG-Altersguthaben.
Barwert der erworbenen Leistung (BEL)	Dieser Wert entspricht dem Kapitalwert der erworbenen Leistungen am Berechnungsstichtag. Die erworbenen Leistungen errechnen sich aus den versicherten Leistungen, die im Verhältnis der zurückgelegten zur gesamten Versicherungsdauer gekürzt werden.
Beitragsprimat/BP	Die Höhe der Altersleistung wird grundsätzlich vom Umfang des aus den jeweiligen individuellen Beiträgen angesparten und verzinsten Kapitals bestimmt.
Benchmark	Vergleichskriterium/Messlatte für die erzielte Performance.
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 18. April 1984. Es handelt sich um ein Rahmengesetz mit Mindestnormen (BVG-Obligatorium), das seit dem 1. Januar 1985 in Kraft ist.
BVG-Registrierung	Eintrag in das Register für die berufliche Vorsorge. Einzutragen sind jene Vorsorgeeinrichtungen, die das Obligatorium gemäss BVG durchführen.
BVG-Zinssatz	Mindestzinssatz zur Verzinsung des BVG-Altersguthabens (2011: 2,0%; 2010: 2,0%).

BVV2-Exposure	Wie (→) ökonomisches Exposure, wobei hier jedoch die engagementerhöhenden derivativen Instrumente zum vollen Basiswertvolumen, d.h. nicht delta-adjustiert (mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit von 100%), berücksichtigt werden. Die engagementsenkende Wirkung von Long Puts und Short Calls darf demgegenüber nicht in Abzug gebracht werden.
Core-Satellite-Ansatz	Als Core-Satellite-Ansatz bezeichnet man im Portfoliomanagement die Aufteilung eines Portfolios auf eine breit diversifizierte Kerninvestition («Core»), die eine Grundrendite mit ausreichender Sicherheit bieten soll, und mehrere Einzelinvestitionen («Satellite») mit höherem Risiko und Renditepotenzial, die zur Renditesteigerung angehängt werden.
Deckungsgrad	Verhältnis zwischen dem vorhandenen Nettovermögen und den Vorsorgeverpflichtungen in Prozent.
Deckungskapital	Deckungskapital ist das benötigte Kapital, um die gegenüber den Versicherten eingegangenen reglementarischen Verpflichtungen finanzieren zu können.
Destinatäre	Aktiv Versicherte und Rentner der PKBS
Enhanced-Ansatz	Anlageansatz, welcher dem passiven Management ähnlich ist. Der Portfoliomanager hat die Möglichkeit, vom definierten Benchmark (Index) gewisse Abweichungen vorzunehmen und dadurch eine Optimierung zu erreichen.
Freizügigkeitsleistung	Siehe → Austrittsleistung.
Geschäftsstelle	Durchführungsstelle der laufenden Geschäfte der PKBS.
Kombiprimat/KP	Kombination von Beitragsprimat (Altersleistungen) und Leistungsprimat (Invaliditäts- und Todesfallleistungen)
Leistungsprimat/LP	Das Leistungsprimat definiert die Altersleistung im Voraus, und zwar in Prozenten des versicherten Lohnes. Davon ausgehend wird die Höhe der Beiträge der Versicherten und des Arbeitgebers bestimmt. Für die Anpassung an Besoldungs- oder Versicherungserhöhungen sowie die Teuerung sind in der Regel Nachzahlungen zu entrichten.
Ökonomisches Exposure	Das ökonomische Exposure gibt an, welches Engagement mit einem Portefeuille eingegangen wird. Hierzu werden die derivativen Instrumente mit ihren Basisinstrumenten «gleichnamig» gemacht, was die Aggregation aller Positionen innerhalb einer Anlagekategorie erlaubt.
Performance	Ausdruck für die Wertentwicklung (Wertzuwachs oder Wertverminderung) von Kapitalanlagen unter Mitberücksichtigung der Ertragsausschüttungen und Kursveränderungen.

Securities Lending	Ausleihen von Wertpapieren auf bestimmte oder unbestimmte Frist gegen Erhalt einer Kommission. Das wirtschaftliche Eigentum (Nutzniessung) verbleibt beim Ausleiher, dieser bezieht bis zum Abschluss der Transaktion Zinsen und Dividenden.
Swiss GAAP FER	Fachempfehlungen zur Rechnungslegung. Die Fachempfehlung Nr. 26 (Swiss GAAP FER 26) legt für alle Vorsorgeeinrichtungen verbindliche Rechnungslegungsnormen fest. Die Verwendung von Swiss GAAP FER 26 ist im BVG vorgeschrieben.
Technische Rückstellungen	Versicherungstechnische Rückstellungen dienen primär zur Absicherung von Risikoschwankungen und zur Vorfinanzierung der Zunahme der Lebenserwartung.
Technischer Zinssatz	Der technische Zinssatz ist ein langfristig ausgerichteter Zinssatz, der für versicherungstechnische Berechnungen wie z.B. die Berechnung des Umwandlungssatzes sowie der Rentenbarwerte massgebend ist (Diskontsatz für die künftigen Rentenzahlungen).
Unterdeckung	Eine Unterdeckung besteht, wenn am Bilanzstichtag das nach anerkannten Grundsätzen durch den Experten für berufliche Vorsorge berechnete versicherungstechnisch notwendige Vorsorgekapital nicht durch das dafür verfügbare Vorsorgevermögen (Aktiven zu Marktwerten abzüglich kaufmännische Verbindlichkeiten) gedeckt ist.
Umhüllende Vorsorgeleistungen	Dies sind Leistungen, welche zusätzlich zu den obligatorischen Leistungen nach BVG, auch vor- und/oder überobligatorische Leistungen beinhalten.
Versicherte Personen	Alle in die Pensionskasse aufgenommenen Arbeitnehmenden.
Versichertenkollektiv	Vorsorgewerk mit eigener Finanzierung (Staat; angeschlossene Institution).
Verwaltungsrat	Paritätisch besetztes oberstes Organ der PKBS.
Wertschwankungsreserven	Reserven, die zur Absicherung von Wert- und Renditeschwankungen auf dem Vermögen dienen. Sie haben so einen Glättungseffekt und tragen dazu bei, eine Unterdeckung zu verhindern.
Wohneigentumsförderung (WEF)	Durch Vorbezug oder Verpfändung von Teilen der Austrittsleistung wird der Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum gefördert.

Teil III: Bericht der Kontrollstelle

pwc

Bericht der Kontrollstelle
an den Verwaltungsrat der
Pensionskasse Basel-Stadt
Basel

Als Kontrollstelle haben wir die auf den Seiten 12 bis 51 des Geschäftsberichts wiedergegebene Jahresrechnung (bestehend aus Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang), Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten der Pensionskasse Basel-Stadt für das am 31. Dezember 2011 abgeschlossene Geschäftsjahr auf ihre Rechtmässigkeit geprüft.

Für die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten ist der Verwaltungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Schweizer Prüfungsstandards, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung und der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wird beurteilt, ob die rechtlichen bzw. reglementarischen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen sowie die Vorschriften über die Loyalität in der Vermögensverwaltung eingehalten sind. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten dem schweizerischen Gesetz, dem Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz) und den Reglementen.

Die Jahresrechnung weist für den Bereich Staat eine Unterdeckung von CHF 252 Mio. bzw. einen Deckungsgrad von 96,8 % und für die angeschlossenen Institutionen gesamthaft eine Unterdeckung von CHF 175 Mio. aus. Die vom Verwaltungsrat unter Beizug des Experten für berufliche Vorsorge eigenverantwortlich erarbeiteten Massnahmen zur Behebung der Unterdeckung, zur Vermögensanlage und zur Information der Destinatäre sind im Anhang der Jahresrechnung dargestellt. Aufgrund von Art. 35a Abs. 2 BVV 2 müssen wir in unserem Bericht festhalten, ob die Anlagen mit der Risikofähigkeit der Vorsorgeeinrichtung in Unterdeckung in Einklang stehen. Gemäss unserer Beurteilung halten wir fest, dass

- der Verwaltungsrat seine Führungsaufgabe in der Auswahl einer der gegebenen Risikofähigkeit angemessenen Anlagestrategie, wie im Anhang der Jahresrechnung unter Ziffer 6 erläutert, aktiv, lagegerecht und nachvollziehbar wahrnimmt;
- der Verwaltungsrat bei der Durchführung der Vermögensanlage die gesetzlichen Vorschriften beachtet und insbesondere die Risikofähigkeit unter Würdigung der gesamten Aktiven und Passiven nach Massgabe der tatsächlichen finanziellen Lage sowie der Struktur und zu erwartenden Entwicklung des Versichertenbestandes ermittelt hat;
- die Anlagen beim Arbeitgeber den gesetzlichen Vorschriften entsprechen;

PricewaterhouseCoopers AG, St. Jakobs-Strasse 25, Postfach, 4002 Basel
Telefon: +41 58 792 51 00, Telefax: +41 58 792 58 82, www.pwc.ch

PricewaterhouseCoopers AG ist Mitglied eines globalen Netzwerks von rechtlich selbständigen und voneinander unabhängigen Gesellschaften.

pwc

- die Vermögensanlage unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen mit den Vorschriften von Art. 49a und 50 BVV 2 in Einklang steht;
- die Massnahmen zur Behebung der Unterdeckung vom Verwaltungsrat unter Beizug des Experten für berufliche Vorsorge beschlossen, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und des Massnahmenkonzeptes umgesetzt sowie die Informationspflichten eingehalten wurden;
- der Verwaltungsrat die Wirksamkeit der Massnahmen zur Behebung der Unterdeckung bisher überwacht hat. Er hat uns zudem bestätigt, dass er die Überwachung fortsetzen und bei veränderter Situation die Massnahmen anpassen wird.

Wir halten fest, dass die Möglichkeit zur Behebung der Unterdeckung und die Risikofähigkeit bezüglich der Vermögensanlage auch von nicht vorhersehbaren Ereignissen abhängen, z.B. Entwicklungen auf den Anlagenmärkten und bei den Arbeitgebern.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

PricewaterhouseCoopers AG

Roland Sauter
Revisionsexperte
Leitender Revisor

Matthias Sutter
Revisionsexperte

Basel, 23. Mai 2012

2

PKBS
Pensionskasse Basel-Stadt
Clarastrasse 13 · Postfach · 4005 Basel